

The background of the cover is a collage of Swiss currency. It includes several 1000 Franc banknotes with their characteristic red and blue patterns, and various Swiss coins, including 1000 Franc, 500 Franc, and 200 Franc pieces. A red and white checkered Swiss flag is visible in the top right corner. The text is overlaid on this background.

DEZEMBER 2025

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen

Die Schweiz und der Franken: Eine Love-Story mit Widersprüchen

Von der politischen Macht zum Volkshobby:
Wie die Schweiz ihr einzigartiges Chorleben entwickelte

Ein Fischotter im Zoo kriegt Applaus, dann Gift:
Was sagt das tödliche Drama über seine Zeit?

DAS HOSPITALITY MANAGEMENT STUDIUM

MIT ECHTER PRAXISNÄHE

HF & Bachelor

In Deutsch & Englisch

Schweizer Abschlüsse -
international anerkannt

In Luzern studieren -
weltweit durchstarten

shl.ch



Mehr erfahren?
QR-Code scannen!



Ihre Spenden an die «Schweizer Revue» werden noch wichtiger

Der Bund hat angekündigt, zahlreiche Subventionen zu kürzen – auch bei der «Schweizer Revue». Unsere Möglichkeiten, die gedruckte «Revue» weiterhin kostenlos zu versenden, werden eng. Gemeinsam mit Ihnen wird es aber gelingen, die Zukunft der «Revue» zu sichern und den unabhängigen Qualitätsjournalismus weiterzuverfolgen, für den das Redaktionsteam einsteht. Setzen Sie ein Zeichen und zeigen Sie Solidarität mit der «Revue».

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:
revue@swisscommunity.org | Telefon +41 31 356 61 10

Spenden mit Kreditkarte

www.revue.link/creditrevue



Spenden per PayPal

www.revue.link/revue



Spenden mit Banküberweisung

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8

Bank: Berner Kantonalbank
Bundesplatz 8, CH-3011 Bern
BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten:

BEKB Bern, Konto 16.129.446.0.98
Auslandschweizer-Organisation
z/Hd. Herrn A. Kiskery
Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern
Referenz: Support Swiss Review

Konsularische Dienstleistungen

überall, komfortabel auf Ihren
mobilen Geräten



Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch

Bogotá (2022)



4 Schwerpunkt

Bargeld in der Schweiz: Geliebt, aber immer seltener gebraucht. Ein Paradox

9 Gesellschaft

Eine klingende Vergangenheit: Chöre haben die moderne Schweiz geformt

12 Wissen

Sie spricht sogar Rätoromanisch: Apertus, die neue Schweizer KI

16 Reportage

Eine 30-Meter-Reise: Das öffentliche Verkehrsmittel mit der kürzesten Strecke

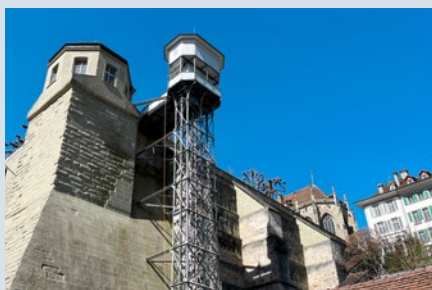


Foto Peter Maurer

18 Nachrichten

Zürich will in Schulen das Französische abwerten, die Westschweiz ist perplex

19 Schweizer Zahlen

Der trendigste Hund der Schweiz ist lang und hat kurze Beine ...

Nachrichten aus Ihrer Region**20 Natur und Umwelt**

Fischotter Peterli als Symbol: Erst fröhlich beklatscht, dann vergiftet

24 Politik

Nun erhält die Schweiz eine E-ID, die womöglich der Fünften Schweiz nützt

28 Aus dem Bundeshaus

Seit zehn Jahren prägt ein Gesetz das Alltagsleben in der Fünften Schweiz

32 SwissCommunity

Alle Namen: Wer sitzt für welches Land im erneuerten Auslandschweizerrat?

35 Puzzle

Ein weiterer Farbtupfer im 800 000-Teilchen-Puzzle der Fünften Schweiz

Titelbild: Schweizer Münzen und Banknoten. Foto Keystone

Kleingeld



Wer das nächste Mal die Schweiz besucht, sollte dort, wo dies noch möglich ist, das Billett fürs Tram mit Bargeld kaufen –, allein schon wegen dem Rückgeld, das aus dem Automaten klimpert. Und die 10- und 20-Rappen-Münzen müssten Sie sich dann genauer anschauen. Gut möglich, dass Münzen dabei sind, die schon 20, 30, 50 oder 80 Jahre alt sind. Mein persönlicher «Rekord»: ein Zwanziger von 1921.

Das Rückgeld in bar ist ein kleiner Beleg für die enorme Beständigkeit der Schweizer Währung: Das Design der Münzen ist seit 1881 unverändert. Die Prägung der Jahrzahl ausgenommen. Wenden wir uns von den Rappen den Franken zu, erhält «Kleingeld» eine weitere, neue Bedeutung: Wenn Sie mit kleinem Gepäck reisen und – sagen wir mal – eine Million in bar dabei haben möchten, dann ist die Schweizer 1000-Franken-Note die ideale Wahl. Eine Million in diesen Scheinen wiegt nur wenig mehr als ein Kilo und trägt nicht gross auf. Wer lieber eine Million Franken in Gold dabei hat, muss das Zehnfache an Zusatzgewicht mitschleppen.

Natürlich ist das eine blosse Gedankenspielerlei, denn Gold bleibt in der Regel im Tresor – und die federleichten 1000er-Noten auch. Und bar bezahlt wird in der Schweiz immer seltener. Gleichwohl ist der Franken hoch im Kurs. Er ist ein aufgeladenes Symbol. Selbst jene, die ihn nie brauchen, verteidigen ihn leidenschaftlich. Damit sind wir mitten im Thema unseres Schwerpunkts, der Liebe der Schweiz zum Bargeld – und dem Paradox, das sich dabei im Alltag zeigt.

Apropos Alltag: Dieser wird sich bei der «Schweizer Revue» verändern. Der Grafiker und redaktionelle Gestalter Joseph Haas, der das Gesicht der Zeitschrift ein Jahrzehnt lang geprägt hat, hört auf. Ihm sei an dieser Stelle herzlich gedankt für seine überlegte, mitdenkende Art, unsere Inhalte in Szene zu setzen.

Ein saloppes «Tschüss» kommt übrigens von meiner Seite: Das vorliegende Heft ist das letzte, das ich als Chefredaktor verantworte. Die Reise mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, war bereichernd und wundervoll spannend. Danke all jenen, die über die Jahre die Redaktion mit positiven Rückmeldungen ermutigt oder mit unverblümter Kritik herausgefordert haben: Beides tat gut.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.

**Swiss
Community**



Die helvetische Liebe zum Franken

Der Schweizer Franken ist ein Symbol für Stabilität und Qualität. Zum Nationalstolz gehört auch die innige Beziehung zu den heimischen Noten und Münzen: Auf's Bargeld möchten die Schweizerinnen und Schweizer keinesfalls verzichten. Und dies, obwohl sie immer häufiger elektronisch bezahlen – ein Paradox.

THEODORA PETER

Das Herz des Bargeld-Kreislaufs pumpst in der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in Bern. Sie sorgt dafür, dass die Schweizer Banken für ihre Privat- und Geschäftskundschaft jederzeit über genügend Flüssiges verfügen. 2024 waren insgesamt Noten und Münzen im Wert von mehr als 76 Milliarden Franken im Umlauf – rund doppelt so viel wie vor 20 Jahren.

Die «Schweizer Revue» erhielt für diesen Schwerpunkt einen seltenen Einblick hinter die streng geschützten Mauern der nationalen Geldversorgung. Im Untergrund der Nationalbank in Bern treffen täglich kistenweise Münzen und Noten ein. Gebracht werden sie von Geldlogistikunternehmen wie der Firma Loomis, welche Banken, Läden und Behörden mit Bargeld versorgt respektive dort abholt. Bevor das Geld erneut in den Kreislauf gelangt, wird es sortiert, kontrolliert und allenfalls ersetzt. Letztes Jahr gab die Nationalbank rund 244 Millionen Banknoten und 166 Millionen Münzen in Umlauf und nahm 238 Millionen Noten und 131 Millionen Münzen zurück.

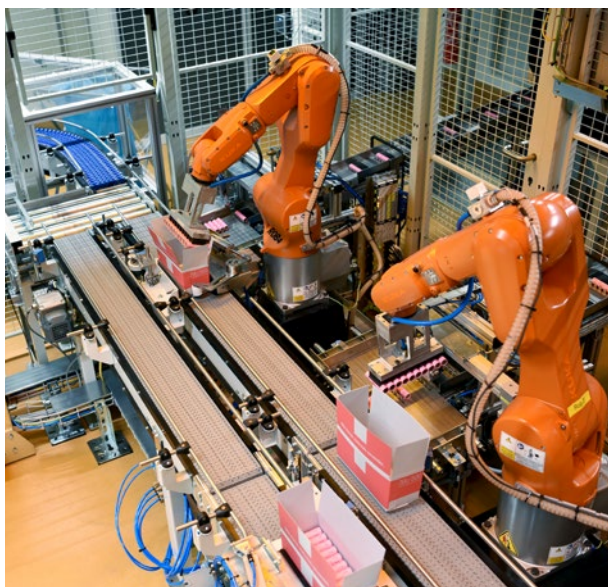
Im streng geschützten Untergrund

Zutritt zum Bargeldbereich der Nationalbank am Berner Bundesplatz erhält die Reporterin nach einer Sicherheitsprüfung. Mit dem Lift geht es abwärts in den Untergrund. Nach Passieren einer Schleuse eröffnet sich ein Labyrinth aus verwinkelten Gängen und Treppenhäusern. Als Erstes betreten wir einen taghell erleuchteten Saal, der mit seinen Maschinen, Roboterarmen und Förderbändern einer kleinen Industrieanlage gleicht. Einziger Unterschied: Beim zu verarbeitenden Produkt handelt es sich um Schachteln voller Banknoten. An diesem Tag werden 50-Franken-Noten kontrolliert: Ein Mitarbeiter füllt die angelie-

ferten Geldbündel in eine Maschine, die sekundenschnell Echtheit und Zustand jeder Banknote überprüft. Allfälliges Falschgeld landet bei der Bundespolizei. «Unfitte» Banknoten, die verschmutzt, eingerissen oder anderweitig nicht mehr den Standards entsprechen, werden aussortiert und landen direkt im Schredder und später in der Kehrlichtverbrennung. 2024 wurden 30 Millionen Noten vernichtet. Im Gegenzug gab die Nationalbank 41 Millionen druckfrische Banknoten in Umlauf.

«Eine hohe Qualität ist unsere Visitenkarte», betont Peter Eltschinger vom Bereich Bargeld, der die «Revue»

Im Untergrund der Nationalbank in Bern: Bevor Münzen und Noten wieder in den Geldkreislauf gelangen, werden sie sortiert und neu verpackt – im Bild neu eingerollte 20-Rappen-Stücke. Foto SNB



Bargeld wird immer seltener genutzt. 2024 bezahlten Privatpersonen noch 30 Prozent ihrer alltäglichen Besorgungen mit Noten und Münzen.

auf dem Rundgang begleitet. Die Banknoten sind so beschaffen, dass sie einiges aushalten: Wiederholtes Falten oder Waschen sollte ihnen nichts anhaben.

Die «fitte» Noten, die zurück in den Geldkreislauf gelangen sollen, werden maschinell neu verpackt und auf Förderbändern weiterspediert. Bevor die in Plastikfolie verschweissten Geldbündel in einer Transportkiste landen, kontrolliert eine Mitarbeiterin jedes Paket von Hand. Selbst wenn eine Note nur leicht geknickt ist, geht das ganze Paket zurück in die Maschine und wird nochmals neu aufbereitet.

In allen Prozessen der Geldverarbeitung gilt das Mehrpersonenprinzip: Niemand arbeitet alleine. Alle Räume und Arbeitsstationen sind mit Videoüberwachung ausgestattet, «dies schützt auch die Mitarbeitenden», wie der SNB-Vertreter sagt.

Der Lift führt weiter nach unten in die Münzverarbeitung. Hier ist der Lärmpegel deutlich höher als bei der geräuscharmen Notenverarbeitung. An diesem Tag rattern 20-Rappen-Stücke durch die Sortiermaschine. Die «unfitte» Münzen landen direkt in einem separaten Auffangbecken und gehen später zurück an die Herstellerin Swissmint. Die bundeseigene Münzprägestalt macht die Geldstücke unkenntlich und entsorgt das Metall.

Die «fitte» Münzen wiederum werden in Papier eingerollt und erneut in Schachteln verpackt. Jeder Stückelung ist eine Farbe zugeteilt – für die Zwanzig-räppler ist dies Rot. Auch in diesem Raum laufen die meisten Arbeitsschritte automatisiert ab. Handarbeit gefragt ist beim Aufschlitzen der angelieferten Münzrollen und beim Prüfen der Münzen, die nicht mit der Maschine verarbeitet werden können.

An einer Wand prangt als Dekoration eine überraschende Leuchtschrift: «Geld und Wert. Das letzte Tabu». Der rote Schriftzug ist ein Erin-

nerungsstück an die Landessaustellung Expo.02. Damals beauftragte die Nationalbank den Kurator Harald Szeemann (1933–2005) mit der Gestaltung eines Pavillons. Herzstück der Ausstellung war eine Glasvitrine, in der ein Roboterarm pausenlos Hunderternoten in einen Aktenvernichter schob. Was wie eine provokative Wertvernichtung aussah, entpuppte sich als gewollter Trugschluss: Die «unfiten» Banknoten wären ohnehin aussortiert worden – wie dies bis heute täglich im Keller der Nationalbank unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschieht.

Paradoxes Zahlungsverhalten

Zum Abschluss des Rundgangs befördert uns der Lift wieder hinauf ans Tageslicht. Im holzgetäfelten «Salon bleu», dem Sitzungszimmer des Bankrates, sprechen wir mit Peter Eltschinger über das Zahlungsverhalten der Bevölkerung. Immer weniger Menschen nutzen Bargeld. Gemäss Natio-



«Unfitte» Banknoten landen im Schredder. 2024 wurden rund 30 Millionen Noten vernichtet, 41 Millionen druckfrische Noten kamen neu in Umlauf. Foto SNB

nalbank-Umfrage von 2024 zahlten Privatpersonen nur noch 30 Prozent ihrer alltäglichen Besorgungen mit Bargeld. 2017 lag der Cash-Anteil noch bei rund 70 Prozent. Am häufigsten wird heute in der Schweiz mit Debit- oder Kreditkarte bezahlt – bei

fast der Hälfte aller Transaktionen. Stark zugelegt haben Bezahl-Apps wie Twint. Beliebt ist «twinten» vor allem bei jüngeren Menschen, während Personen ab 55 Jahren oder solche mit tiefen Einkommen noch häufiger mit Bargeld bezahlen.

Obwohl Münzen und Noten im Alltag immer seltener zum Einsatz kommen, wünschen 95 Prozent der Bevölkerung, dass Bargeld weiterhin als Zahlungsmittel zur Verfügung steht. Wie lässt sich dieses Paradox erklären? «Die Wahlfreiheit des Bürgers hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert», sagt Eltschinger. Das Bargeld werde auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Die verschiedenen Zahlungsmittel ergänzten sich, betont der SNB-Vertreter. Die Vorteile liegen auf der Hand: Bargeld kann unmittelbar und jederzeit eingesetzt werden, braucht als Zahlungsmittel weder Strom noch eine Internetverbindung. Zudem hinterlässt es keine Datenspuren und schützt damit die finanzielle Privatsphäre.

Bargeld soll in die Verfassung

In der Schweiz ist bereits heute gesetzlich vorgeschrieben, dass die Nationalbank das Land mit genügend Bargeld versorgen muss – und dies in der Landeswährung Schweizer Franken. Bundesrat und Parlament sind jedoch bereit, beide Grundsätze in die Verfassung zu schreiben, um ihnen mehr Gewicht zu geben: Was dort verankert ist, kann nur durch einen Entscheid von Volk und Ständen umgestossen werden.

Damit nehmen die Behörden das Anliegen der 2023 eingereichten Initiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» auf. Sowohl die Initiative wie auch der direkte Gegenvorschlag des Parlamentes kommen am 8. März 2026 an die Urne.

Hinter dem Volksbegehren steht die Freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS) des

früheren SVP-Politikers Richard Koller. Öffentlich in Erscheinung getreten war die Bewegung erstmals während der Corona-Pandemie, als sie gegen die Maskenpflicht und weitere Massnahmen wie beispielsweise das Impfen protestierte. Eine 2021 eingereichte Initiative gegen «Impfzwang» scheiterte 2024 an einem klaren Volks-Nein.

Mehr Erfolg verspricht nun die Bargeld-Initiative, die im Frühling 2026 zur Abstimmung kommt. Die Initianten wollen sicherstellen, dass «Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen».

Ihnen missfällt die zunehmende Nutzung elektronischer Zahlungsmittel, welche digitale Spuren hinterlassen. Aus ihrer Perspektive ist Bargeld das einzig sichere Mittel gegen eine Überwachung der Bürgerinnen und Bürger.

Keine Pflicht zur Bargeld-Annahme

Nicht zur Abstimmung steht eine Pflicht zur Annahme von Bargeld in Läden, Restaurants oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine zweite Initiative der Freiheitlichen Bewegung mit dieser weitergehenden Forderung scheiterte bereits bei der Unterschriftensammlung. Trotzdem beschäftigt der Trend, dass vielerorts nur noch elektronisch bezahlt werden kann, die Politik. In Genf beschloss das Kantonsparlament jüngst eine Änderung des lokalen Gastronomiegesetzes: Demnach müssen Bars und Restaurants von ihren Gästen auch Noten und Münzen als Zahlungsmittel akzeptieren. In anderen Kantonen laufen ähnliche Bestrebungen. Auf nationaler Ebene ist ein politischer Vorstoss hängig, der alle Dienstleister dazu verpflichten will, Bargeld anzunehmen. Der Bundesrat lehnt einen solchen Zwang ab. (TP)

Nicht zuletzt bietet es eine Alternative zu den Gebühren von Kreditkarten und Bezahl-Apps. Die Mehrheit der Unternehmen beurteilt Bargeld denn auch als kostengünstigstes Zahlungsmittel.

Bargeld als Wertanlage

Bundesrat und Parlament wollen die Bargeldversorgung durch die Nationalbank künftig explizit in der Bundesverfassung verankern. Sie nehmen damit das Anliegen der 2023 eingereichten Initiative «Bargeld ist Freiheit» auf. Über Initiative und Gegenvorschlag stimmt das Volk im kommenden Frühling an der Urne ab (siehe Kasten Seite 7).

Nebst dem Konsum dient Bargeld vielen Menschen auch als Wert zum Aufbewahren – sei es im Sparstrumpf oder in einem Safe. Darauf deutet der Anteil «grosser» Noten hin, die sich im Umlauf befinden. So machen die über 36 Millionen Tausendernoten im Geldkreislauf wertmässig fast die Hälfte des gesamten Notenumlaufs aus. Wieviel Flüssiges die Schweizer Bevölkerung tatsächlich zu Hause oder in einem Safe hortet, kann die Nationalbank nicht beziffern. «Das können wir nicht wissen», sagt Eltschinger.

Einen möglichen Hinweis gibt der Anteil «alter» Banknoten, die bislang



Derzeit wird das neue Design der Banknoten gesucht. Im Bild zwei der Vorschläge.
Foto Keystone

Durch die Sortiermaschine laufen da gerade gebrauchte 20-Rappen-Stücke. 2024 waren Münzen im Gesamtwert von 3 Milliarden Franken im Umlauf. Foto SNB

nicht zur Nationalbank zurückgelangt sind. Darunter befinden sich auch über 170 000 Stück Fünfhundert-Franken-Noten, die bereits seit 25 Jahren nicht mehr als offizielles Zahlungsmittel gelten. Der Gesamtwert von Noten aus zurückgerufenen Serien beläuft sich auf mehr als 9 Milliarden Franken. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass diese «alten» Noten irgendwo in einer vergessenen Schublade liegen, sofern sie nicht verloren gingen. Die gute Nachricht: Obwohl im Laden nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptiert, lassen sich Banknoten früherer Serien zeitlich unbeschränkt bei der Schweizerischen Nationalbank umtauschen.

Dazu hat die SNB auf ihrer Homepage www.snb.ch Merkblätter aufgeschaltet. Auslandschweizerinnen und -schweizern empfiehlt der Bankvertreter, im Einzelfall abzuklären, ob aus dem Wohnsitzland eine sichere Postsendung zur SNB oder der Umtausch bei einer Bank in der Schweiz möglich ist.

Neue Banknoten ab 2030

Bereits plant die Nationalbank eine neue Banknotenserie. Die Lebensdauer einer Banknotenserie beträgt

rund 15 bis 20 Jahre. Die aktuelle Serie war in den Jahren 2016–2019 eingeführt worden und zeigt symbolisch die Vielseitigkeit der Schweiz. Für die künftige Serie lancierte die Nationalbank vor Jahresfrist einen Gestaltungswettbewerb zum Thema «Die Schweiz und ihre Höhenlagen». Jede der sechs Noten im Wert von 10, 20, 50, 100, 200 und 1000 Franken soll sich der «einzigartigen Topografie» des Landes widmen.

Zu den zwölf eingereichten Designkonzepten wurde erstmals auch die Meinung der Bevölkerung abgefragt. Innerhalb von drei Wochen sahen sich über 100 000 Personen die Entwürfe im Internet an und gaben dazu ihre Präferenzen ab. «Das grosse Echo hat uns positiv überrascht», sagt Peter Eltschinger. Im Herbst nominierte die SNB die sechs Finalisten, aus denen bis im Frühling 2026 der Gewinner oder die Gewinnerin gekürt wird. Dann beginnt die gestalterische Weiterentwicklung der Entwürfe, die auf der SNB-Webseite einsehbar sind.

Die neuen Noten sollen zu Beginn der 2030er-Jahre in den Geldkreislauf gelangen – als Visitenkarten der Schweiz im Portemonnaie ihrer Bürgerinnen und Bürger.



Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann



Sie sind die neue Führung der FDP Schweiz: die 58-jährige St. Galler Nationalrätin und Anwältin Susanne Vincenz-Stauffacher sowie der 46-jährige Glarner Ständerat und Kommunikator Benjamin Mühlemann. Co-Präsidenten kennt man von linken Parteien, doch nun haben auch die Freisinnigen erstmals eine Doppelspitze gewählt. Das Duo übernimmt eine anspruchsvolle Aufgabe. Die über 130-jährige Partei, einst staatstragend und stolz, schwächelt. Ihr Wähleranteil fiel in den letzten Jahren stetig und lag bei den letzten nationalen Wahlen bei mageren 14 Prozent. Der Freisinn ist nur noch drittstärkste Kraft hinter der nationalkonservativen SVP und der SP. Gelingt es bis zu den Wahlen 2027 nicht, die Partei zu stärken, könnte einer der beiden Sitze in der Landesregierung verloren gehen. Das wäre ein tiefer Fall für jene politische Kraft, die in den ersten vierzig Jahren des Bundesstaats sämtliche Bundesräte stellte. Das neue Führungsduo bildet ein breites Spektrum ab: Sie gilt als progressiv, er als konservativ. Beide sehen darin eine Stärke und geben sich optimistisch. Die FDP sei eine «Sicherheitspartei», die den Wohlstand bewahren will. Doch wie gespalten die Partei sein kann, zeigte sich ausgerechnet bei der Delegiertenversammlung im Oktober in Bern, als die beiden gewählt wurden. Im Vorfeld entbrannte ein heftiger Streit über die neuen Verträge mit der EU. Die Medien sprachen von einem «Schicksalstag» für die Partei. Am Ende setzte sich – nach zivilisierter Debatte – ein klares Ja durch. Die FDP folgte damit dem freisinnigen Aussenminister Ignazio Cassis und positionierte sich als Europapartei. Vincenz-Stauffacher stimmte für die Verträge, Mühlemann dagegen. Ob der Entscheidung der Basis das Profil der Partei schärft oder Wählerinnen und Wähler abschreckt, wird sich zeigen.

SUSANNE WENGER

Bilaterale Verträge: Die SVP sagt Nein, alle anderen Parteien sagen Ja

Das derzeit wohl gewichtigste innenpolitische Thema der Schweiz lautet: Soll sie nach einer seit Jahren anhaltenden «Beziehungskrise» mit der Europäischen Union (EU) neue bilaterale Verträge abschliessen (siehe «Revue» 2/2025). Nun haben alle grösseren Parteien zum 1800 Seiten dicken Vertragspaket Stellung bezogen. Das Bild scheint auf den ersten Blick eindeutig. Als einzige Partei stellt sich die SVP klar dagegen. Sie will den Vertragsabschluss aktiv bekämpfen. Gutgeheissen wird das Vertragspaket – umgangssprachlich die «Bilateralen III» – dagegen grundsätzlich von SP, FDP, Mitte, Grüne und GLP, wobei auch sie punktuelle Nachbesserungen wünschen. Letztendlich werden die Stimmberechtigten entscheiden. Ein Abstimmungstermin steht aber noch nicht fest.

(MUL)

Aus Furcht vor ausländischen Investoren übernehmen drei Gemeinden ihr Skigebiet

Nachdem US-Investoren erste schweizerische Skiresorts gekauft und neu positioniert haben, reagieren die drei Bündner Gemeinden Flims, Laax und Falera: Sie übernehmen für über 90 Millionen Franken die in der dortigen Gegend gelegenen Wintersportinfrastruktur der «Weissen Arena Bergbahnen». Die Volksentscheide in den drei Gemeinden fielen sehr deutlich aus. Mit der Übernahme wollen die Gemeinden Arbeitsplätze sichern und die Verankerung des Skigebiets in ihrer Region sichern.

(MUL)

Wenig Schnee im Winter, viel Hitze im Sommer: Die Schweizer Gletscher schmelzen weiter rapide

Die Gletscherschmelze in der Schweiz war 2025 einmal mehr enorm. Ein schneearmer Winter kombiniert mit Hitzewellen im Juni und August führte zu einem Verlust von drei Prozent des Gletschervolumens. Das ist der viertgrösste Schwund seit Messbeginn. Die Eismasse nahm damit in den letzten zehn Jahren um ein Viertel ab (siehe auch «Revue» 2/2025). Diesen Befund legten das Schweizerische Gletschermessnetz und die Schweizerische Kommission für Kryosphärenbeobachtung im Oktober vor.

(MUL)

In der Schweiz leben derzeit 100 000 anerkannte Flüchtlinge – trotz tiefer Zahl an Gesuchen

Zwei Tendenzen prägen derzeit das Asylwesen der Schweiz: Die Zahl der Asylgesuche ist seit 2024 spürbar zurückgegangen, aber die Zahl der anerkannten Flüchtlinge ist permanent hoch. Sie liegt derzeit bei über 100 000 Menschen. Nicht mitgezählt sind rund 70 000 Ukrainerinnen und Ukrainer, für die ein Sonderstatus gilt («Schutzstatus S»). Die trotz tiefer Gesuchszahlen stark ausgelasteten Asylstrukturen sind insbesondere für die Landesregierung eine Herausforderung, denn die stark geforderten Kantone rufen nach Lösungen und Entlastungen.

(MUL)

Wie Chorgesang die moderne Schweiz formte

Die Schweiz singt – hier gibt es besonders viele Chöre. Heute vor allem ein Massenhobby, hatten die Chöre im 19. Jahrhundert politischen Einfluss und besangen den neuen Bundesstaat. Das sagt die Berner Musikwissenschaftlerin Caiti Hauck, die das Chorleben erstmals vertieft untersucht hat.

SUSANNE WENGER

Im Advent gehören die Bühnen den Chören. Vom Berner Bach-Chor über den Schweizer Jugendchor und den Gospel-Chor Appenzeller Mittelland bis zum Chœur Pro Arte in Lausanne laden Gesangsgruppen zu Weihnachtskonzerten ein. Doch auch das restliche Jahr über sind Chöre aktiv. Die Schweiz hat eine reichhaltige Chorszene. Laut Bundesstatistik singt jede fünfte Person im Land in ihrer Freizeit, meist wöchentlich und am häufigsten in einem Chor. «Im europäischen Vergleich weist die Schweiz eine der höchsten Quoten an Sängerinnen und Sängern auf», sagt Caiti Hauck von der Universität Bern.

Die genaue Anzahl der Chöre bleibt unklar, da es viele unterschiedliche Arten gibt. Der Schweizerischen Chorvereinigung, dem Dachverband der weltlichen Chöre, gehören aktuell über 1200 Formationen an: Männer-, Frauen-, gemischte, Kinder- und Jugendchöre. Nach einem Rückgang während der Corona-Pandemie hat sich die Zahl wieder stabilisiert, berichtet Anna-Barbara Winzeler von der Chorvereinigung. Hinzu kommen Hunderte Kirchenchöre, Hunderte Jodlerklubs und zahlreiche informelle Vokalensembles, die in keinem Verzeichnis auftauchen.

Historische Wurzeln

Besonders dicht ist die Chorszene im Kanton Freiburg. Der dortige Chorgesang zählt zu den «lebendigen Traditionen der Schweiz», einer Liste des Bundesamts für Kultur, die im Rahmen der Unesco-Konvention das immaterielle Kulturerbe bewahren will. Doch warum ist das Chorsingen in der Schweiz so verbreitet? Neben den universellen Vorteilen – gemeinsames Singen hebt die Stimmung und stärkt



Der «Chœur mixte St-Michel» aus Haute-Nendaz, einer der über 1200 Chöre der Schweiz.

Foto Keystone

Caiti Hauck von der Universität Bern hat das frühe Chorleben in Bern und Freiburg untersucht.

Foto Dres Hubacher, ZVG

chöre schufen eine politische Öffentlichkeit rund um die Entstehung des Bundesstaats», erklärt Hauck. Sie hat das Chorleben in den Städten Bern und Freiburg erstmals vertieft untersucht. Ihre Quellen: Festschriften, Vereinsakten, Mitgliederlisten, Korrespondenzen, Konzertprogramme und Presseartikel.

Politische Töne

Hauck fand in Bern und Freiburg über 100 Gesangsvereine. Besonders prägend waren die 1841 gegründete «Société de Chant de la Ville de Fribourg», der erste weltliche Männerchor in der Romandie, und die 1845 gegründete «Berner Liedertafel».

Beide Chöre vertraten liberal-radikale Ansichten, im Gegensatz etwa zum 1877 in konservativ-kirchlichem Umfeld gegründeten Männerchor Cäcilienverein Freiburg. Die Société de Chant zeigte ihre Haltung mit re-

nachweislich das Immunsystem – spielen historische Gründe eine Rolle.

Im 19. Jahrhundert waren Chöre nicht nur musikalische Vereine. Sie errangen politisches Gewicht in einer von Spannungen geprägten Zeit: zwischen Liberalen und Konservativen, Reformierten und Katholiken. Im Jahr nach dem Sonderbundkrieg entstand 1848 der Bundesstaat, die erste moderne Demokratie in Europa. «Männer-

volutionären Liedern wie «Au bord de la libre Sarine», komponiert von Jacques Vogt, dem Gründer des Chors.

Nach dem Sieg der Progressiven gewannen die Konservativen in Freiburg in den 1850er-Jahren wieder die Oberhand. Die Regierung fürchtete den Einfluss der Société de Chant und versuchte, ihre Aktivitäten zu unterbinden. Erst 1871 konnte der Chor wieder ein kantonales Gesangsfest organisieren – und lud dazu die Berner Liedertafel ein. Der angesehene Chor aus der neuen Bundesstadt war eng mit der Politik verknüpft; unter seinen Passivmitgliedern fanden sich Bundesräte. Die Berner Sänger unterstützten ihre Freiburger Kollegen aus Solidarität – aber auch «aus patriotischer Pflicht», um die Einheit der noch jungen Eidgenossenschaft zu stärken.

Singen fürs Vaterland

«Trotz sprachlicher und religiöser Unterschiede pflegten die beiden Chöre eine enge Freundschaft über den Röstigraben hinweg», berichtet Hauck. Dies belegt ein reger Briefwechsel. Männerchöre förderten nicht nur das gemeinsame Singen und trugen weltanschauliche Konflikte aus, sie wollten auch ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl aufbauen. Besonders bei den grossen eidgenössischen Sängerfesten, die seit 1843 regelmäs-



Ihre Leidenschaft galt dem Gesang – und der Politik: die Berner Liedertafel 1850 im alten Casino. Abbildung: Lithografie von Ernst Neubauer, Staatsarchiv Kanton Bern

Die Freiburger Kantonsregierung fürchtete sie und setzte sie unter Druck: die Société de Chant de la Ville de Fribourg. Abbildung ZVG

sig stattfanden, wurde der Zusammenhalt zelebriert – ähnlich wie bei Turn- oder Schützenfesten.

Das Repertoire umfasste eigens komponierte Nationallieder wie «O mein Heimatland, o mein Vaterland» des Schriftstellers Gottfried Keller und des Komponisten Wilhelm Baumgartner. Auch Volks- und Naturlieder waren beliebt. Die Berner Liedertafel wagte sich zudem an anspruchsvolle Werke, etwa von Franz Schubert. Gemischte Chöre und Frauenchöre gab es im 19. Jahrhundert zwar auch schon. «Einige Frauenchöre nahmen an kantonalen Gesangsfesten teil und erzielten Bestnoten», sagt Hauck. Öffentlich dominierten jedoch die Männerchöre – ein Spiegel der damaligen Geschlechterordnung.

Breite Bevölkerungsschichten

Ein Pionier des Schweizer Chorgesangs war Hans Georg Nägeli. Der Zürcher Komponist und Verleger förderte die musikalische Volksbildung. 1805 gründete er das erste nichtkirchliche Singinstitut, aus dem 1810 der erste weltliche Männerchor hervor-



Hunderte von Jodlerchören ergänzen das Spektrum der stilistisch vielfältigen Gesangsgruppen. Im Bild Jodler aus dem Wallis am Eidgenössischen Jodlerfest 1975. Foto Keystone

ging. Chöre für breite Bevölkerungsschichten waren eine Innovation des 19. Jahrhunderts. Nägeli, europaweit als «Sängervater» bekannt, prägte mit seinen musikpädagogischen Ideen die Deutschschweiz und die Romanandie. «Viele Chöre berufen sich in ihren Quellen immer wieder auf ihn», weiss Hauck.

Hauck stammt aus Brasilien und lebt seit 2017 im Kanton Waadt. Warum widmet sie sich einem musikwissenschaftlich bisher kaum beachteten Thema? «Chormusik faszinierte mich schon während meines Studiums in São Paulo», sagt sie. Sie sang selbst in Chören und leitete zuletzt den Polizeimännerchor Lausanne. Ihre Forschungsergebnisse vermittelt sie anschaulich: Gemeinsam mit dem Zeichner Julien Cachemaille veröffent-



lichte sie den Wissenschaftscomic «Drei Schweizer Chorsänger im 19. Jahrhundert», der online auf Deutsch und Französisch verfügbar ist.

Wandel und Beständigkeit

Die Berner Liedertafel blieb ein Männerchor und löste sich 2018 wegen Nachwuchsmangels auf. Die «Société de Chant de la Ville de Fribourg» existiert schon seit 2000 nicht mehr. Dass Chöre kommen und gehen, sei normal,

sagt Hauck. Schon im 19. Jahrhundert finden sich Klagen über unregelmässige Probebesuche in Protokollen und hörten Chöre wegen Mitgliederschwunds auf. Es wurden aber immer wieder neue gegründet – bis heute, mit breitester stilistischer Vielfalt. «Die Chorkultur in der Schweiz lebt und verbindet Generationen», so die Forscherin. Politische Diskussionen spielen weniger eine Rolle, auch wenn Chöre weiterhin Zeichen setzen – für die queere Community, Feminismus

«Chorisma», ein Schaffhauser Chor, in dem vorab die Jungen die Chorkultur weitertragen. Im Bild eine Szene aus dem Musical «Rent».

Foto Jeannette Vogel, Schaffhauser Nachrichten

Die traditionellen Tellspele in Altdorf bauen seit 1899 auf Laienschauspieler und insbesondere auf Laienchöre.

Archivbild Keystone, 2004

oder als gemeinsamer Chor von Einheimischen und Asylsuchenden.

Deutlich verändert hat sich die Organisationsform. Chorvereine, die wöchentlich am Abend proben, gibt es noch, doch flexible Projektchöre haben an Bedeutung gewonnen. «Es ist nicht schwierig, Singbegeisterte zu finden – nur die Bindung an einen einzelnen Chor ist lockerer geworden», stellt Anna-Barbara Winzeler von der Chorvereinigung fest. Sie ist Musikstudentin an der Hochschule Luzern und leitet den Chor «chorisma» aus Schaffhausen mit Sängerinnen und Sängern zwischen 18 und 35 Jahren. Junge helfen mit, die Chorkultur weiterzutragen, betont sie.

Der Wissenschaftscomic

«Drei Chorsänger im 19. Jahrhundert» ist auf der Website des Forschungsprojekts in deutscher und französischer Sprache kostenlos zugänglich: www.clefni.unibe.ch

Chorgesang hören

Online finden Sie ausgewählte Hörbeispiele aus dem Schweizer Chorwesen: www.revue.link/chor



Eine neue Schweizer KI, die sogar Rätoromanisch spricht

Im September lancierten die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen der Schweiz und ihr Partner CSCS das Sprachmodell Apertus. Es wurde mit Wörtern aus 1800 Sprachen trainiert, darunter Schweizerdeutsch und Rätoromanisch. Noch wird Apertus für seine Fehler kritisiert. Doch nach Ansicht von Fachleuten muss man ihm einfach Zeit lassen.

STÉPHANE HERZOG

Wir sind auf dem Campusgelände der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) unterwegs. Hier treffen wir unseren Gesprächspartner, Antoine Bosselut, Spezialist für künstliche Intelligenz (KI) und mehrsprachige Aspekte in grossen Sprachmodellen, oft auch auf Englisch als «Large Language Models» oder kurz «LLM» bezeichnet. Solche mit Milliarden von Daten trainierten KI-Systeme sind wie auch ChatGPT in der Lage, unzählige Fragen zu beantworten. Der 34-jährige Professor, der in Frankreich geboren und in den USA



Antoine Bosselut von der EPFL hebt die Transparenz des Schweizer KI-Modells Apertus hervor. Es gelte, KI «zu demokratisieren». Foto ZVG

ausgebildet wurde, weiss einiges darüber, wie man Maschinen entwickelt, die so unterschiedliche Sprachen wie Tibetisch oder Rätoromanisch beherrschen. Er ist einer der Entwickler der neuen Schweizer KI: Apertus.

Anfang September gaben die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen der Schweiz und das nationale Hochleistungs-Rechenzentrum (CSCS) die Lancierung des ersten in der Schweiz entwickelten mehrsprachigen Open-Source-LLM bekannt. «Apertus ist ein wichtiger Meilenstein für Transparenz und Vielfalt in der generativen künstlichen In-

telligenz», erklärten seine Schöpfer. Inwiefern unterscheidet sich das neue Schweizer LLM von Llama 4 (entwickelt von Meta), Grok (produziert von Elon Musk) oder ChatGPT, bei dem es sich um ein vollständiges KI-System handelt?

Die Elemente, aus denen sich das Schweizer Modell zusammensetzt, also seine Algorithmen und Berechnungsparameter, sind frei zugänglich. Auch eine Gebrauchsanweisung wird mitgeliefert, während beispielsweise ChatGPT auf einem eher undurchsichtigen Geschäftsmodell basiert. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Apertus kein System ist, das universell eingesetzt werden kann. «Für bestimmte Anwendungszwecke sind kommerzielle Modelle nicht spezialisiert genug. Dabei gilt: Je spezialisierter eine KI ist, desto leistungsfähiger ist sie auch», erklärt uns Antoine Bosselut. Spitäler könnten Apertus – seine Algorithmen und sein Berechnungssystem – beispielsweise nutzen, um das System so zu trainieren, dass es in der Lage ist, Analysen von Tausenden von Röntgenbildern durchzuführen. KI vermag beim Vergleich von Daten nämlich Unterschiede zu erkennen, die für das menschliche Auge kaum sichtbar sind.

Die Suche nach zuverlässigen Daten

Der Supercomputer des CSCS hat Apertus mit Milliarden von Daten aus dem Internet trainiert. Sie bilden das Grundwissen des LLM. Die EPFL betont, dass für dieses Modell nur Daten berücksichtigt wurden, deren Eigentümer die Verwendung von «Crawlern» – also Robotern, die das Internet durchforsten – nicht aus-

drücklich untersagen. «Wenn beispielsweise die «New York Times» bestimmten Crawlern den Zugriff auf ihre Artikel untersagt, schliessen wir diese Quelle aus unseren Daten aus», erfahren wir von Antoine Bosselut. Zum Trainieren von Apertus wurden 15 Milliarden Wörter aus 1800 Sprachen herangezogen (das Internet enthält insgesamt etwa 50 000 Milliarden Wörter). Die Entwickler des LLM garantieren zukünftigen Nutzenden – beispielsweise Unternehmen – die Zuverlässigkeit der Daten im ethischen und rechtlichen Sinne, während kommerzielle KI-Akteure sich weigern, ihre Trainingsdaten zu veröffentlichen.

In der Regel konzentrieren sich grosse Modelle auf die historischen Sprachen des Internets – Englisch, Französisch, Chinesisch, Japanisch usw. Mit ihren Rechenmaschinen und Algorithmen entschlüsseln sie deren Strukturen. Das Schweizer LLM hat hingegen Daten aus Sprachen zusammengetragen, die im Internet kaum vertreten sind, wie Tibetisch, Yoruba, Schweizerdeutsch und Rätoromanisch. Weil diese im Internet kaum «gesprochen» werden, mussten Inhalte ausgehend von verwandten Sprachen erstellt werden. Dahinter steckt das Konzept, dass das Modell trotz der geringen Datenmenge Rätoromanisch lernen kann, weil es auch auf Italienisch trainiert wurde und es Ähnlichkeiten zwischen den beiden Sprachen gibt, erklärt Antoine Bosselut. Welche Anwendungsmöglichkeiten stellen sich die Entwickler vor? Ein Beispiel: Apertus wurde von einer Schule in Nigeria übernommen, die nun Kurse auf der Grundlage einer Sprache entwickeln kann, die in anderen Modellen in der Regel kaum



vertreten ist. Dies entspricht eindeutig dem Ziel der EPFL, «KI zu demokratisieren».

Die Stadt Zürich setzt Apertus ein

Zur Weiterentwicklung wurde das Schweizer LLM bei sogenannten «Hackathons», einer Art Wettbewerb zum Testen von Systemen, von Cracks gezielt auf die Probe gestellt. Studierende nutzten das Tool, um Dienstleistungsangebote zu erarbeiten. So gibt es zum Beispiel eine Schnittstelle, die das Erlernen der tibetischen Sprache erleichtert. Einige kluge Köpfe haben gar ein System namens «Mut zur Lücke» entwickelt. Es zeigt Studierenden, welche Teile ihrer Kurse sie gestrost überspringen können, ohne Gefahr zu laufen, ihre Ausbildung nicht zu bestehen. Auch die Stadt Zürich nutzt Apertus. «Ich bin ZüriCityGPT und ich weiss (fast) alles, was auf stadt-zuerich.ch publiziert ist», liest man auf der Website. Doch wie sich zeigt, hat das System seine Grenzen. Wie viele bewaffnete Polizisten gibt es in der Stadt? Auf diese Frage antwortet das LLM: Apertus kann Ihnen «leider nicht helfen». GPT ist hier etwas cleverer: «Etwa 1700 Beamtinnen

und Beamte sind zum Tragen einer Dienstwaffe berechtigt. Es gibt jedoch keine offizielle Quelle, aus der hervorgeht, wie viele tatsächlich ständig eine Waffe tragen», antwortet uns diese KI. Erstaunlicherweise wurde Apertus ohne Schnittstelle lanciert, über die Nutzende «Prompts» erstellen können.

Doch dies war auch gar nicht das Ziel. Gemäss den Schöpfern soll das LLM als Rohmaterial dienen. Allerdings hatten alle Interessierten die Möglichkeit, Apertus mithilfe einer von einer amerikanischen Non-Profit-Organisation entwickelten Software zu testen: <https://publicai.co>

Fehler und Kritik

In der Schweiz betrafen die ersten Kommentare zu Apertus grobe Fehler. «Mir wurde mitgeteilt, dass das Schloss Chillon ursprünglich ein kleines befestigtes Dorf auf einem Kalksteinfelsen inmitten des Sees war», spottete der Westschweizer Journalist François Pilet, einer der Gründer der investigativen Website Gotham City, auf LinkedIn. Bei ihm sorgt auch das Preis-Leistungs-Verhältnis des Unterfangens für Verwunderung. «Die

ETH haben gerade die Gebühren für ausländische Studierende verdreifacht. Gleichzeitig haben sie kein Problem damit, 10 Millionen Franken für die Finanzierung von etwas auszugeben, was sich letztlich als Performance zeitgenössischer Kunst entpuppt!»

Sein Angriff auf Apertus erregte die Aufmerksamkeit von Internetnutzern wie Maxime Derian, einem französischen Experten für künstliche Intelligenz. «Die amerikanischen und chinesischen Open-Source-Modelle sind uns einen Schritt voraus. Na und? Auch die ersten Modelle dieser Länder waren alles andere als perfekt. Das Schweizer Modell wurde lokal entwickelt. Die Folgeversionen werden besser und in zwei bis drei Jahren ebenfalls von Relevanz sein», prognostizierte Derian. Dass Apertus derzeit noch fehlerhaft arbeitet, liegt daran, dass das Modell bisher nicht ausreichend trainiert wurde und noch nicht über genügend Daten verfügt. Antoine Bosselut teilt diese Meinung: «Wir haben den teuersten Teil der Arbeit übernommen, nämlich die Entwicklung und das Training des Modells. Für zukünftige Nutzende ist es nun kostenlos zugänglich.»

KI-Modelle müssen «trainiert» werden. Für Apertus wurde dazu der Schweizer Hochleistungsrechner ALPS verwendet, der sich in Lugano befindet.

Foto Keystone

Grandiose Wiedervereinigung

Ernst Ludwig Kirchner (1880–1938) gehört zu den wichtigsten Künstlern des deutschen Expressionismus. Noch zu seinen Lebzeiten kuratierte er 1933 eine Werkschau in der Berner Kunsthalle. Über 90 Jahre später zeigt das Kunstmuseum Bern unter dem Titel «Kirchner x Kirchner» eine Neuauflage der damaligen Retrospektive.

Höhepunkt der Ausstellung ist die temporäre Wiedervereinigung von «Alpsonntag. Szene am Brunnen» aus der Sammlung des Kunstmuseums mit dem Pendant «Sonntag der Bergbauern» aus dem Berliner Bundeskanzleramt. Die beiden grossformatigen Bilder (je 170 x 400 cm) hatten 1933 Kirchners Retrospektive in Bern eröffnet und waren seither nie mehr gemeinsam zu sehen. Nun lassen sich die monumentalen Werke noch bis Januar in Bern als Einheit bewundern. Kirchner malte die Bilder Mitte der 1920er-Jahre in Davos. Im Schweizer Kurort erholte er sich seit 1917 vom Ersten Weltkrieg – und verblieb dort bis zu seinem Suizid im Jahre 1938.

Nach der Machtübernahme der Nazis war Kirchners Kunst zunehmend verfemt und öffentlich diffamiert worden. Viele der 600 beschlagnahmten Werke landeten 1937 in der NS-Propagandaexposition «Entartete Kunst» in München.

1975 liess Bundeskanzler Helmut Schmidt als Zeichen der Wiedergutmachung Arbeitsräume der deutschen Regierung mit Werken expressionistischer Künstler ausstatten. Kirchners «Sonntag der Bergbauern» erhielt dabei einen prominenten Platz im Kabinettsaal – zunächst in Bonn und seit 2001 im neugebauten Kanzleramt Berlin.

THEODORA PETER

www.revue.link/kirchner





Ernst Ludwig Kirchner: «Sonntag der Bergbauern», 1923–24, Öl auf Leinwand, 170 x 400 cm, Bundesrepublik Deutschland © Bundesrepublik Deutschland



Ernst Ludwig Kirchner: «Alpsontag. Szene am Brunnen», 1923–24, Öl auf Leinwand, mit gefasstem Originalrahmen, 168 x 400 cm, Kunstmuseum Bern © Kunstmuseum Bern

«Es ist viel mehr als ein Lift»

Kein öffentliches Verkehrsmittel in der Schweiz ist kürzer als der Mattelift in Bern. Dafür ist seine Geschichte umso länger. Kondukteur und Liftboy Peter Maurer kennt sie.



DÖLF BARBEN

«Sie können auch die Treppe nehmen», sagt Peter Maurer. Eben sind zwei Frauen beim gelben Kassenhäuschen angekommen. Die beiden lachen. Sie wissen sofort, dass er es nicht ernst meint. Maurer ist 69-jährig, pensionierter Radiojournalist und arbeitet als Kondukteur beim Mattelift. Er nennt sich Liftboy. Wer ihn dabei beobachtet, wie er auf die Leute zugeht und sie anspricht, merkt eines bald: Er ist ein Meister der feinen Ironie. Zu einem älteren Mann sagt er: «Sie können den Hut aufbehalten.» Einfach so. Auch der antwortet mit einem Lächeln.

Der Mattelift ist ein besonderer Lift. Es gibt im Innern der Kabine zwar Knöpfe wie bei anderen Liften auch. Der Unterschied besteht aber darin, dass man nicht einfach einsteigen und losfahren darf, obschon das möglich wäre. Man benötigt eine Fahrkarte, denn der Mattelift ist ein vom Staat konzessioniertes, kontrolliertes und

subventioniertes öffentliches Verkehrsmittel. Und zwar jenes, das in der Schweiz die kürzeste Strecke zurücklegt – nur rund 30 Meter. Das ist kürzer als ein Tram lang ist. Übrigens: Die Einheimischen nennen den Mattelift schlicht «Senkeltram».

Betrieben wird der Lift von einer privaten Aktiengesellschaft. «Rechtlich gesehen sind wir eine Seilbahn», sagt deren Präsident Marc Hagmann, um im gleichen Atemzug zu ergänzen: «Aber selbstverständlich sind wir ein Lift.» Als dieser 1897 eröffnet wurde, galt er als technisches Pionierprojekt. Heute transportiert er täglich über 700 Personen, das sind mehr als 20 000 pro Monat. Eine Fahrt kostet 1.50 Franken – auch für Hunde und Velos. Gewisse Abonnemente für den öffentlichen Verkehr sind gültig. Der Betrieb werfe kaum Rendite ab, aber der Lift sei wichtig für die Leute hier, sagt Hagmann und spricht von einer «sozialen Aufgabe».

Die «Bergstation» des Mattelifts strahlt nachts hoch über dem Mattequartier. Oben und unten: In seinen Anfängen überwand der Lift auch ein soziales Gefälle.

Foto Peter Maurer



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden.

Heute: Das öffentliche Verkehrsmittel mit der schweizweit kürzesten Strecke.

Es war der erste elektrische Personenlift im öffentlichen Raum der Schweiz – vergleichbar mit dem Hammettschwand-Lift am Vierwaldstättersee, dem höchsten Freiluftaufzug Europas. Der Mattelift ist ebenfalls ein Freiluftaufzug. Er steigt nicht im Innern eines Gebäudes empor, sondern aussen an einer Mauer. Es ist die Mauer der Münsterplattform, der prächtigen Terrasse auf der Südseite der grössten und wichtigsten Kirche der Stadt Bern.

30 Meter Höhendifferenz oder 183 Treppenstufen mögen nicht allzu viel sein. Doch in der Anfangszeit habe dieses «Oben und Unten» das soziale Gefälle zum Ausdruck gebracht, erzählt Liftboy Peter Maurer. Oben in der Altstadt lebten die reichen Berner Familien, unten im Mattequartier waren die Armen zuhause, Gerber, Schiffer und Flösser. In einigen Häusern der düsteren Badgasse hätten sich aus den offiziellen Bädern im



Laufe der Zeit bordellartige Betriebe entwickelt. Für ihn ist klar: «Die Reichen wehrten sich gegen den Lift, weil sie die Leute aus der Matte nicht bei sich oben wollten.»

Damit dürfte er nicht ganz unrecht haben. Der Historiker Stefan Weber beschreibt in einer Arbeit über die Anfänge des Mattelifts, wie dieser bekämpft wurde. Das Argument der Geringschätzung des Mattequartiers sei nicht abwegig, hält er fest – auch wenn die Bewohnerinnen und Bewohner der oberen Stadtteile es nicht explizit äusserten. Sie zeigten sich vielmehr besorgt, der Lift werde die Plattform, «die Zierde der Stadt Bern», als Bauwerk verschandeln und deren Atmosphäre «empfindlich stören».

Diese Zeiten sind längst vergessen. Der Mattelift wurde vom Publikum dankbar aufgenommen, er galt als Zeichen des Fortschritts. Die sozialen Unterschiede hätten sich stark verringert seither, sagt Peter Maurer.

Auch im Mattequartier lebten heute wohlhabende Leute – «Gentrifizierung sei Dank», sagt er. Und meint auch das ironisch.

Maurer arbeitet seit fünf Jahren als Kondukteur. «Wir sind sieben Liftboys und zwei Liftgirls – alles Pensionierte.» Er leistet sieben bis acht Tageseinsätze pro Monat. Er habe immer gern mit Leuten geredet. Früher als Journalist sei er zu anderen hingegangen – «heute kommen sie zu mir». Einmal schon erzählte er seine Geschichte dem «Beobachter», einem Schweizer Magazin.

Maurer klingt oft philosophisch. Der Mattelift habe viel mit dem richtigen Leben zu tun, sagt er. Manchmal gehe es aufwärts, manchmal abwärts. Das ist so ein Satz. Sein eigenes Leben verlief nicht ohne Schicksalsschläge – vor zehn Jahren starb seine Frau.

Rechtlich gesehen ist der Mattelift eine Seilbahn – eine Seilbahn, die man selbstverständlich als Lift erkennt.

Fotos Peter Maurer

Aber es gab auch glückliche Fügungen. Zum Job beim Mattelift kam der nunmehr alleinerziehende Vater durch reinen Zufall. Als er in der Aare schwamm, sah er einen Kollegen am Ufer. Er sei nun Liftboy, rief ihm der andere zu. «Das elektrisierte mich», sagt Maurer. Und er wusste noch am gleichen Abend, dass er das auch werden wollte.

So hat Peter Maurer den Mattelift gefunden. Aber der Mattelift hat auch ihn gefunden. Der Job scheint ihn zu beglücken. «Es ist mehr als ein Lift», sagt er, «viel mehr als ein Lift.» Und als ob er dessen Wesen nicht fassen könnte, hat er angefangen, ihn zu fotografieren. Zu allen Tages- und Jahreszeiten und aus allen möglichen Blickwinkeln. Alle paar Monate gestaltet er ein Plakat. Das neueste hängt bei der Talstation; es trägt den Titel «Sonnenblumenlift».

Ein Lift, der mehr ist als ein Lift. Das gilt vor allem für die Menschen im Mattequartier, die ihn immer wieder benutzen. Für einige ältere Leute aus dem Mattequartier seien die Kondukteurinnen und Kondukteure wie Bezugspersonen, sagt Maurer. «Wir sind bereit zu reden. Für manche sind wir noch die Einzigen, mit denen sie regelmässig in Kontakt stehen.»

«Wir sehen es den Leuten an, wie es ihnen geht», sagt er. Ob sie bekümmert sind oder fröhlich. Und wenn jemand sich nicht gerade besonders stark fühle, «tragen wir auch mal eine Einkaufstasche ein paar Meter weit».

Für Maurer steht der Mattelift wie ein Leuchtturm im Quartier – ganz besonders im Winter, wenn es am Morgen noch dunkel ist. Wenn der Lift um sechs Uhr in Betrieb genommen wird, geht oben ein Licht an. «Dann wissen alle, jemand von uns ist da.»



Liftboy Peter Maurer sagt, der Mattelift sei «sehr viel mehr als ein Lift». Und im Gegenzug ist Maurer für viele im Quartier sehr viel mehr als ein Liftboy.

Foto Marc Lettau

Eine Reihe von Peter Maurers Mattelift-Fotos finden Sie in unserer Online-Ausgabe: www.revue.link/mattelift

Der Bundesrat steht für Französisch ein

Bildung ist in der kulturell vielfältigen Schweiz ein sensibler Bereich – erst recht, wenn es um den Sprachunterricht geht. Dass mit Zürich ausgerechnet der grösste Kanton der Deutschschweiz Französisch in der Primarschule abschaffen will, geht nun auch der Schweizer Regierung zu weit.

DENISE LACHAT

Er sei «beunruhigt», schreibt der Bundesrat in einer Mitteilung vom 19. September 2025 und reagiert damit ganz direkt auf einen Entscheid aus Zürich: Dort hatte das Kantonsparlament zuvor entschieden, den Französischunterricht aus der Primarschule zu kippen und in die Oberstufe zu verschieben. Das Argument: Die Investitionen in den Unterricht hätten sich nicht gelohnt, am Ende der Primarschule seien die Französischkenntnisse bescheiden. Schlimmer noch: Der Lehrplan werde überladen, die Kinder erreichten die verlangten Kompetenzen in ihrer eigenen Schulsprache nicht mehr.

Der Zürcher Entscheid hat den seit Jahren wackligen Sprachenkompromiss unter den Kantonen erschüttert. Er lautet so: In der dritten und der fünften Primarklasse werden zwei Fremdsprachen eingeführt, eine zweite Landessprache und Englisch. Die Kantone können aber entscheiden, welche Sprache zuerst an die Reihe kommt.

Französisch hat in vielen Deutschschweizer Kantonen seit Jahren einen schweren Stand. Etliche Kantone (ZH, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, SH, AR, AI, SG, AG und TG) unterrichten zuerst Englisch, und eine ganze Reihe erwägt wie Zürich, Französisch in die Oberstufe zu verschieben.

Der Entscheid des grössten Deutschschweizer Kantons wirkte wie ein Alarmsignal in der Westschweiz, wo alle Kantone der Landessprache Deutsch ganz selbstverständlich Vorrang geben und den Unterricht eher aus- statt ab- bauen. Irritiert fragte Christophe Darbellay, Erziehungsdirektor des Kantons Wallis und Präsident der Schweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), wie die Schweizer:innen denn zusammenleben sollten, wenn sie nicht in der Lage seien, eine gemeinsame Sprache zu sprechen?

Genau wie Darbellay sieht auch die für Bildung zuständige frankophone Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider den nationalen Zusammenhalt auf dem Spiel. Viele Romands bemühten sich um Deutsch und stellten enttäuscht fest, dass den Deutschschweizern die Landessprachen offenbar egal seien.

Nicht, dass Westschweizer Primarklässler Deutsch speziell sexy fänden – im Vergleich zu Englisch, das auch ihren Alltag durchdringt, hat jede andere Fremdsprache einen schweren Stand. Aber die Schweiz hat sich nun einmal in die Verfassung geschrieben, dass «Bund und Kantone die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften fördern» (Art. 70). Es geht darum, die Landsleute aus anderen Sprachregionen zu verstehen und trotz aller sprachlichen und kulturellen Unterschiede zusammenbleiben zu wollen – so lautet das Prinzip der «Willensnation». Um die Mehrsprachigkeit in der obligato-



rischen Schule zu garantieren, will der Bundesrat das Sprachengesetz erweitern. Er sieht zwei Varianten vor. Entweder wird der heute geltende Kompromiss – eine Landessprache an der Primarschule und Englisch – im Sprachengesetz festgeschrieben, oder dann wird eine Minimalvorgabe eingeführt, die den Kantonen mehr Spielraum gibt. Eine zweite Landessprache müsste ab der Primar- und bis zum Ende der ersten Sekundarstufe unterrichtet werden.

Warum die Flexibilität? Seit der Gründung der Eidgenossenschaft im Jahr 1848 liegt die Schulhoheit im Prinzip bei den Kantonen. Damit nicht alle 26 frei nach ihrem Gusto unterrichten, haben sie sich mit dem Bund vor rund 20 Jahren auf Harmonisierungsziele geeinigt. Die Idee hinter diesem «Bildungsraum Schweiz», den auch das Stimmvolk an der Urne deutlich gutgeheissen hat: Am Ende der obligatorischen Schulzeit sollen Schulabgänger:innen schweizweit die gleichen Grundkompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen erreichen, auch im Falle eines Wohnortswechsels über Kantonsgrenzen hinweg.

Scheitert das Harmonisierungsprojekt, ist der Bund zum Eingreifen verpflichtet; auch das schreibt die Verfassung vor. Der Bundesrat hat nun für potenzielle Abtrünnige eine konkrete Warnung an der Hand.

Französischunterricht in der Unterstufe in Bungenstock (ZH): Auf den frühen Kontakt mit der Landessprache Französisch will Zürich künftig verzichten.

Archivbild Keystone, 2015

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 51. Jahrgang fünfmal jährlich in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 479 000 Exemplaren (davon 311 000 elektronische Exemplare).

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie kostenpflichtig abonnieren (Schweiz: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.– pro Jahr).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Marc Lettau, Chefredaktor (MUL)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Amandine Madziel, Vertretung EDA (AM)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz.
kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

ANZEIGENLEITUNG
Airpage AG, Uster/Zürich
furrer@airpage.ch | www.airpage.ch

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliggenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Joseph Haas, Zürich

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation. Sitz der Herausgeberin und der Redaktion: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10
Bankverbindung:
CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBE22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
5. November 2025

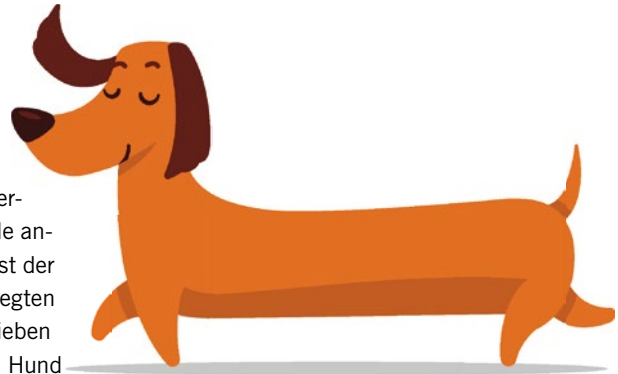
ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.



Über Dackel und Jasskarten

+46%

Das Strassenbild der Schweiz verändert sich. Auch was die Hunde anbelangt: Der neue Trend-Hund ist der Dackel. Die Zahl dieser tiefergelegten Vierbeiner stieg in den letzten sieben Jahren um 46 Prozent. Einst ein Hund für Spiesser, ist der Dackel heute ein Statussymbol für junge Städter:innen. Des Dackels Kommentar dazu:
Grrrrr, wau, wau! Quelle: Tamedia-Recherche



1 000 000

Der Spieltrieb der Schweiz verändert sich nicht. Vor allem im Bereich der Kartenspiele nicht: Jassen ist und bleibt das unbestrittene Nationalspiel. Und die meistgespielte Variante, die mit den 36 Karten eines Jassspiels gespielt wird, ist der «Schieber». Wie viele Schweizerinnen und Schweizer regelmässig jassen, ist nicht bekannt, aber der Verbrauch an Jasskarten ist ein Indiz: Jahr für Jahr werden über eine Million Jasskartenspiele verkauft. Damit könnten vier Millionen Jasser:innen gleichzeitig einen «Schieber» spielen. Quelle: Recherche NZZ Folio

4000

Ein zugegebenermassen unsensibler Übergang: Immer mehr junge IT-Spezialisten haben viel Zeit zum Jassen –, weil sie ihren Job los sind. Eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich belegt: Derzeit sind auffällig viele in der IT-Branche arbeitende «Digital Natives» arbeitslos, weil sie durch KI-Lösungen ersetzt worden sind. «Überraschend schnell» habe sich die Zahl junger, arbeitsloser IT-Cracks auf 4000 verdoppelt.

Quelle: KOF/ETH Zürich

50 000 000



Wer 50 Millionen oder mehr besitzt, sorgt sich eher nicht so sehr um den eigenen Job. Die Frage der letzten Wochen vom Schweizer Stammtisch: Wo genau wohnen denn die 2500 Superreichen des Landes, die 50 oder mehr Millionen Franken auf der hohen Kante haben? Die höchste Superreichen-Dichte weist der Kanton Nidwalden auf. Dort sind auf 10 000 Einwohner 22 superreich. In absoluten Zahlen liegt Zürich vorn, wo 400 Superreiche leben. Einsam sind Superreiche im Kanton Freiburg, wo der Wert bei 0,4 Superreiche auf 10 000 Einwohner liegt.

Quelle: Tamedia-Datenanalyse

Erst der Applaus, dann der Köder: Fischotter Peterli, der vergiftete Publikumsliebbling

Die Geschichte von Fischotter Peterli steht stellvertretend für den Umgang mit heimischen Wildtieren: Bis Mitte des 20. Jahrhunderts sah die Schweiz im Fischotter bloss einen Fischeschädling. Das kostete Peterli, dem Publikumsliebbling im Berner Tierpark Dählhölzli, das Leben. Zugleich wurde das Zootier zum Zeitzeugen.

ROGER SIDLER

1953 wandte sich der Basler Zoodirektor Heini Hediger an den Bundesrat. In seinem Aufsatz «Fischotter und Bundesräte» bedankte sich der profilierte Zoologe für das damals in Kraft gesetzte revidierte Jagdgesetz. Es markierte eine Wende: Endlich wurde der Fischotter mit anderen Tierarten wie der Lerche oder dem Steinadler von der Liste der jagdbaren Tiere gestrichen und unter Schutz gestellt. Für den Fischotter kam der Schutz sehr spät, denn er war zu diesem Zeitpunkt so gut wie ausgerottet.

Ausrotten als Ziel

Das alte Jagdgesetz von 1888 empfand Hediger schon immer als Sündenfall. Dessen Artikel 22 hielt nämlich fest: «Die Ausrottung von Fischottern, Fischreihern und anderen der Fischelei besonders schädlichen Tieren ist möglichst zu begünstigen.» Deshalb sah das Gesetz auch Abschussprämien vor. Der Kanton St. Gallen zahlte 20 Franken pro Tier, Bern 15 Franken, die Waadt 40 Franken. Die Beträge fielen hoch aus, oft ergänzt durch Zuschüsse kantonaler und lokaler Fischereivereinigungen, denn die Jäger zeigten an der Otterjagd wenig Interesse. Sie zogen des Fleisches wegen die Jagd auf Hirsche, Rehe und Wildschweine vor.

Wurden in den 1890er-Jahren jährlich 100 bis 150 erlegte Fischotter registriert, sank die Zahl im Zweiten Weltkrieg auf unter zehn Exemplare. Bereits 1932 zahlten die Behörden letztmals Abschussprämien aus. Der finanzielle Anreiz hatte mangels Tieren seinen Sinn verloren. Mitte des 20. Jahrhunderts waren die Fischotter ganz aus der Landschaft verschwunden.



Der noch nicht voll ausgewachsene Fischotter Peterli in den Armen eines jungen Tierparkbesuchers – fotografiert von Heini Hediger.
Foto Heini Hediger, 1938/1939

Heini Hedigers Engagement für den Schutz heimischer Tiere gründete im Fall der Fischotter im traurigen Schicksal eines ganz besonderen Tieres. Von 1938 bis 1944 leitete Hediger in Bern den Tierpark Dählhölzli – und in Bern wuchs ihm Fischotter Peterli ans Herz. Einen Sommer lang löste der Fischotter im Dählhölzli einen veritablen Rummel aus, sehr zur Freude Hedigers, der sich keinen besseren Werbeträger hätte wünschen können.

Ein Findelkind

Nur: Wie kam Peterli überhaupt in den Tierpark? Der Tierpark-Oberwärter Werner Schindelholz stiess, wie er selber erzählte, im Juni 1938 auf einem Streifgang entlang der Aare auf ein blindes Fischotterbaby, das höchstens einige Tage alt sein konnte. Normalerweise öffnen die Jungen ihre Augen nach rund dreissig Tagen und verlassen ihre Höhle erst nach zehn Wochen. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, dass Schindelholz dem Findelkind am Wegrand begegnet

war. Vielmehr dürfte der jagderfahrene Oberwärter dessen Höhle entdeckt haben. Und da er immer schon von einem solchen Fund geträumt hatte, nahm er den 220 Gramm schweren, keine zwanzig Zentimeter langen Fischotter zu sich nach Hause und gab ihm den Namen Peterli. Die Aufzucht gelang.

Im Herbst 1938 machten in Bern Erzählungen die Runde, wonach ein Fischotter in Begleitung eines Mannes Spaziergänge unternehme. Dabei gehorche der Fischotter wie ein Hündchen. Selbst in den Bus nahm Schindelholz Peterli mit. Das ist verbürgt. Ob sich das Tier auf den Schoss von Bundesrat Giuseppe Motta setzte, wie Hediger in seinen Lebenserinnerungen behauptet, lässt sich hingegen nicht überprüfen.

Anfang 1939 übergab Schindelholz seinen Fischotter dem Tierpark. Und dort avancierte Peterli umgehend zum Star. Er war der Artist unter den Zootieren. Jeden Nachmittag wieselte der dressierte Fischotter zum Brunnen beim Restaurant Dählhölzli, wo eine Menschenmenge auf ihn wartete. Wie eine lebendig gewordene Schraube drehte er sich im Wasser, jonglierte mit einem Ball, fing Fische aus der Luft und apportierte. Danach trug ihn Schindelholz in ein Becken aus Beton, Wasser und Stein.

Würfelzucker und Rasierklingen

Bald sah sich der Tierpark mit den Schattenseiten von Peterlis Berühmtheit konfrontiert. Da sich das Becken im frei zugänglichen Teil des Tierparks befand, war der Fischotter den Launen des Publikums ausgesetzt. Mit Handtaschen, Hüten, Schirmen und Stöcken versuchte dieses, das Tier zu necken. Zur Animation warf

es Spielzeuge in die Grube, Gegenstände, die für den Fischotter oft gefährlich waren. Weder vom eilig montierten Drahtzaun noch von Verbotstafeln liessen sich die Leute abhalten. Gegen dreiste Störenfriede ging der Tierpark vor und verzeigte sie, was in der Stadt gar nicht goutiert wurde.

Dem für den Tierpark zuständigen Vertreter der Stadtregierung ging die Aufregung rund um Fischotter Peterli auf die Nerven. Er forderte ein Ende der Aufführungen. Doch davon wollte Tierparkleiter Hediger nichts wissen. Für eine Entspannung im Streitfall sorgte die Biologie: Mit dem Erreichen der Geschlechtsreife gehorchte der nun gut einjährige Peterli nicht mehr zuverlässig. Auch wenn er «verwilderte», eilte er zwar noch herbei, wenn Hediger ihn beim Namen rief. Nach wie vor unterhielt er das Publikum, nach wie vor warf dieses allerlei Unsinn in das Becken, darunter als «Leckerbissen» Würfelzucker, aber auch Rasierklingen. In der Nacht auf den 5. Dezember 1941 landete ein vergifteter Köder im Bassin. Am nächsten Morgen fanden die Wärter Peterli tot in seiner Höhle. Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile. In der Zeitung «Der Bund» erschien ein Nachruf auf den «spielfrohen Gesellen».

Nachschub aus Warschau

Bereits einer der beiden Vorgänger von Peterli, die man zur Eröffnung 1937 für 550 Franken erworben hatte, war spurlos verschwunden. Ganz generell waren Tierpärke für das Wildtier kein Ort der Sicherheit. So beklagte 1951 der Zoo Zürich zum dritten Mal einen tödlichen Übergriff auf die Fischotter durch das Publikum. Bei einem dieser Zwischenfälle wurde ein Tier von den Besuchern regelrecht gesteinigt.

Nach Peterlis Tod verzichtete Bern vorerst auf die Haltung von Fischottern. Als man 1949 ein Exemplar für die neue Fischotteranlage suchte, die



sich nun im Wald hinter dem Vivarium, im geschützten Teil des Dählhölzli, befand, konnte Tierparkdirektorin Monika Meyer-Holzapfel in der Schweiz kein Tier auftreiben. Peterlis Nachfolger traf per Flugzeug aus Warschau ein.

Gejagt, aber kaum erforscht

Peterlis Schicksal empfand Heini Hediger als Verpflichtung. In Publikationen und Radiosendungen setzte er sich für die zu Unrecht als Fischräuber gebrandmarkten Fischotter ein. Er widerlegte Vorurteile, wonach diese Unmengen Fische vertilgen und aus purer Mordlust jagen würden. Im Zoo Basel nahmen die Fischotter pro Tag durchschnittlich 600 Gramm Nahrung zu sich, nicht kiloweise Fisch, wie in der Presse kolportiert werde. Auch Frösche, Flusskrebse, Ratten, Mäuse und Wasservögel verzehrten sie.

Als die Schweiz den Fischotter unter Schutz stellte, ging Hediger davon

Das gegen Ende der 1930er-Jahre geschaffene Diorama im Naturhistorischen Museum Bern zeichnet nach, wie der Fischotter damals gesehen wurde: als gefräßigen Fischräuber. Foto Keystone

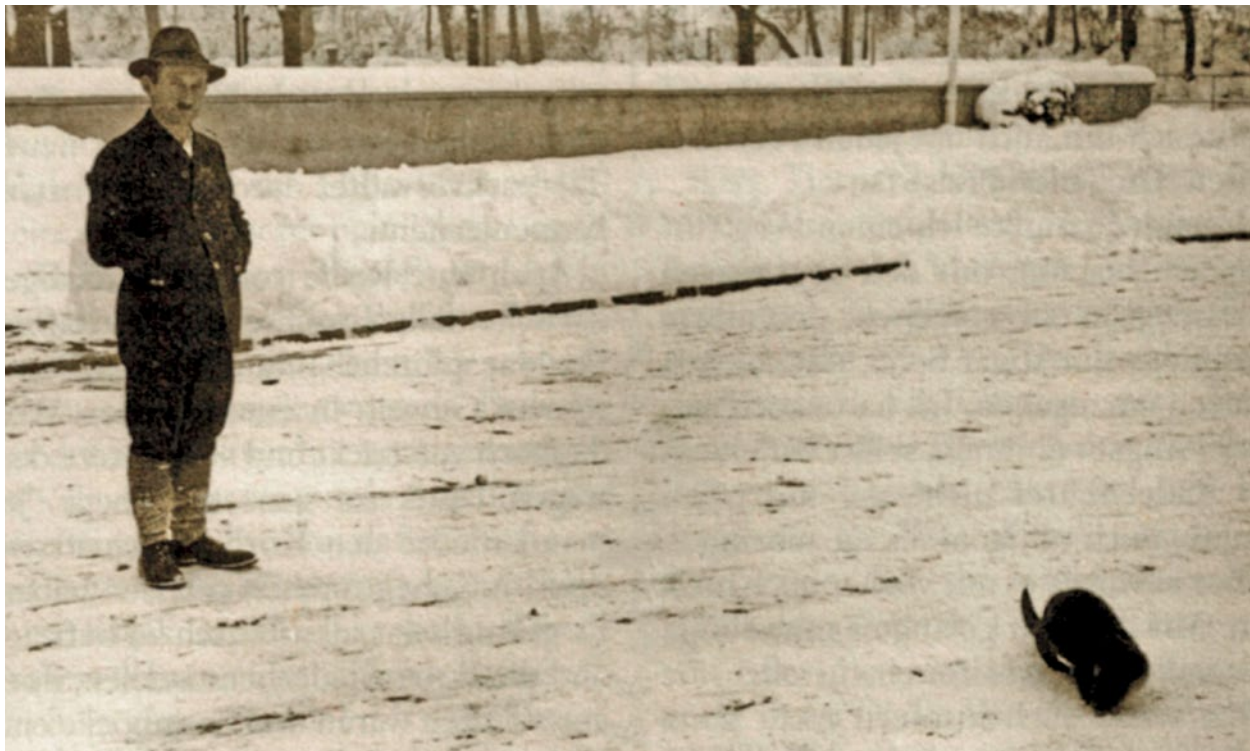
aus, dass die Tierart bis auf wenige Exemplare ausgestorben war. Für ihn war die Chance vertan, mehr über sie zu erfahren. Warum sich Fischotter in Gefangenschaft nicht vermehrten, konnte sich Hediger beispielsweise nicht erklären. Der zoologische Wissensstand über die heimische Fauna war bescheiden. Damals existierten

Für jeden Abschuss gabs fette Prämien: Jäger Rudolf Plattner mit einem erlegten Fischotter in Reigoldswil (1927). Bildquelle Staatsarchiv des Kantons Basel-Landschaft, StABL PA 6281.02.01



Wärter Schindelholz auf einem winterlichen Spaziergang mit Peterli, fotografiert von Tierparkverwalter Heini Hediger.

Foto Heini Hediger, 1938/39

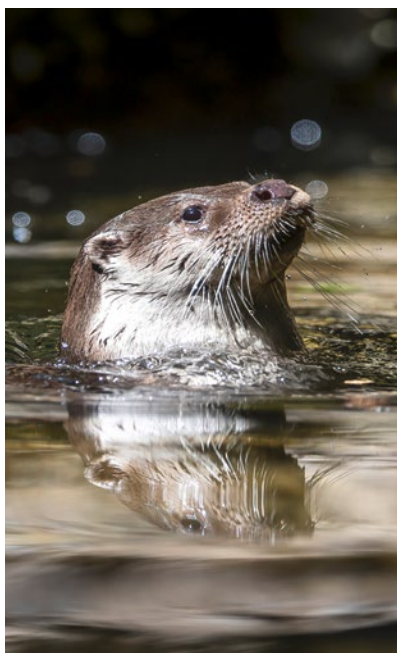


zwar noch zwischen 80 und 150 Tiere, auf wenige, voneinander getrennte Bestände in Graubünden, am Neuenburger- und am Bielersee verteilt. Trotz staatlicher Schutzmassnahmen verschwand allerdings auch diese Restpopulation. Nebst der Zerstö-

rung des Lebensraums fiel der Umweltverschmutzung eine zentrale Rolle zu. Polychlorierte Biphenyle, sogenannte PCBs, eine Chemikalie, die die Industrie verwendete, lagerten sich in den Fischottern ab. Dieses Gift nahmen sie über ihre Nahrung auf. Es sorgte dafür, dass sie unfruchtbar wurden. 1986 verbot die Schweiz PCBs, doch drei Jahre später starb der letzte Fischotter am Neuenburgersee. Die Schweiz erklärte den Fischotter offiziell als ausgestorben.

Nachtrag

Zwei Jahrzehnte lang existierten Fischotter nur noch in Zoos oder als leblose Präparate in Museen. Immerhin glückte 1985 erstmals in Bern und einen Tag später in Zürich die Geburt von Fischottern in Gefangenschaft. Und 2009 kehrte der Überlebenskünstler still und leise zurück. Handelte es sich vorerst um Beobachtungen von Einzeltieren, wird mittlerweile auch Nachwuchs gesichtet. Der fragile Bestand scheint sich zu erholen.



Einer seiner Vorgänger wurde im Zürcher Zoo gesteinigt: Ein gleiches Schicksal muss Fischotter Tom – hier fotografiert im Sommer 2024 – nicht befürchten.

Foto Keystone

Zootiere als Zeitzeugen Geschichte des Tierparks Dählhölzli

Die Geschichte eines Zoos kann man auf unterschiedliche Weise erzählen. Historiker Roger Sidler (1968) stellt die Tiere ins Zentrum: Fischotter Peterli, Tiger Igor und Wildkatze Céline lebten zu unterschiedlichen Zeiten im Berner Tierpark Dählhölzli. Sie und weitere Bewohner stehen auch für gesellschaftliche Veränderungen – und sie werden zu Zeitzeugen. Unter Einsatz ihres Daseins warfen sie auf der Bühne des Tierparks existenzielle Fragen auf.



Zootiere als Zeitzeugen
2024, Verlag «Hier und Jetzt»,
208 Seiten,
ISBN 978-3-03919-623-4,
CHF 34.00

Harald Feller, der stille Retter aus Bern



FRANÇOIS WISARD
«Harald Feller – Retter
von Verfolgten,
Gefangener von Stalin.
Die Leben eines
Schweizer Diplomaten
in Budapest»,
Elfundzehn-Verlag, 2025.
250 Seiten, CHF 29.80

In den letzten Monaten des 2. Weltkriegs versteckte er jüdische Verfolgte in seiner Diplomatenwohnung in Budapest. Ungarische Faschisten folterten ihn, später verschleppten ihn die Russen. Das Leben des Berners Harald Feller wirkt wie ein Filmstoff, doch nur wenige kennen seine Geschichte. Ein neues Buch des Historikers François Wisard, erschienen auf Deutsch und Französisch, will das ändern. Es beschreibt die Ereignisse sachlich und gestützt auf Quellen.

Feller, ein junger Jurist, arbeitete von 1943 bis 1945 in der Schweizer Gesandtschaft in Budapest. Dort erlebte er die deutsche Besetzung, die Machtübernahme der ungarischen Nazis und den blutigen Kampf um die Stadt, der mit dem Sieg der Roten Armee endete. Er harnte in der Botschaft aus und leitete zuletzt deren Geschäfte. Bekannt ist: Ab 1944 bewahrte die – offiziell neutrale – Gesandtschaft unter Vizekonsul Carl Lutz Zehntausende Jüdinnen und Juden mit Schutzbriefen vor Deportation und Tod (siehe «Schweizer Revue» 3/2023).

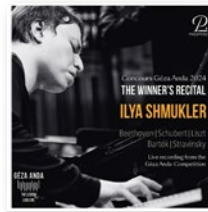
Feller schloss sich der heldenhaften Aktion an und rettete mindestens 32 Menschen. Er besorgte einigen Ausreise- und Transitzpapiere, anderen bot er Schutz in seiner Wohnung. Mit diesen Taten brach er nicht nur Dienstvorschriften, sondern ging ein grosses persönliches Risiko ein. Ende 1944 verhörten und misshandelten ihn die ungarischen Nazis. Im Februar 1945 entführte ihn der sowjetische Geheimdienst – als Faustpfand für Verhandlungen mit der Schweiz. Nach einem Jahr Haft in Moskau kam er im Austausch gegen internierte Russen frei. Bei seiner Rückkehr erfuhr er, dass ein juristisches Verfahren gegen ihn lief.

Die Schweizer Behörden prüften den Vorwurf, er habe mit den Nazis kollaboriert. Die Anschuldigungen erwiesen sich als haltlos, doch Feller wurde nie offiziell rehabilitiert. Anders als Carl Lutz, der bis zu seinem Tod 1975 um Anerkennung kämpfte, zog Feller sich zurück. Er arbeitete als Staatsanwalt in Bern und engagierte sich nach der Pensionierung im Theater. Mitte der 1990er-Jahre meldete sich Eva Koralnik bei ihm. Sie war ein Kind, als Feller ihr, ihrer Mutter und ihrer Schwester die Flucht in die Schweiz ermöglichte. Auf ihr Ersuchen hin ehrte die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem 1999 den damals 86-Jährigen als «Gerechten unter den Völkern».

Feller starb 2003. Seine Erfahrungen, so Wisard, sind in der Schweizer Diplomatie einzigartig. Dennoch dachte er nie daran, seine Memoiren zu schreiben. Er sagte, er habe nur seine Pflicht getan.

SUSANNE WENGER

Und dann geschah ein Wunder



ILYA SHMUKLER
«The Winner's Recital»
Prospero 2025

Spielen Sie mal Beethovens 1. Klaviersonate so, dass man merkt, dass der Komponist noch im 18. Jahrhundert steckt, aber dass dennoch alle Hörerinnen und Hörer begreifen: Der wurde dann im 19. Jahrhundert ganz gross. Ilya Shmukler schafft das Kunststück – und zwar live.

Nicht nur das. Die Aufnahme, die jetzt auf CD vorliegt, stammt aus der ersten Runde des Zürcher Géza-Anda-Wettbewerbs 2024. Dann also, wenn die Pianisten nervös an den Fingernägeln kauend in irgendeinem blassen Raum in der Musikschule Konservatorium Zürich antraben müssen.

Shmukler war das egal: Er zauberte. Später kam das Halbfinale – oder sagen wir es nett:

Es dümpelte an einem heissen Winterthurer Juniabend trotz des dirigierenden Jurypräsidenten und Meisterpianisten Mikhail Pletnev dahin. Bis dieser Shmukler kam und Mozarts 17. Klavierkonzert spielte – erneut ein Werk an der Schwelle: Mozart deutet 1784 kühn an, welche Grossartigkeiten schon ein Jahr später mit dem berühmtesten d-Moll-Konzert folgen würden. Shmukler zeigte genau diese Ambivalenz, so, dass alle im Stadthaus Winterthur wussten: Der muss ins Finale, ja, nach dem Konzert in der Zürcher Tonhalle würde der Wettbewerbssieger Ilya Shmukler heissen.

Die Géza-Anda-Stiftung wurde 1978 zur Erinnerung an den 1976 verstorbenen ungarisch-schweizerischen Pianisten errichtet. Dessen steinreiche Witwe Hortense Anda-Bührle war die treibende Kraft. Seit 1979 findet der Wettbewerb alle drei Jahre statt. Erstaunlich oder bezeichnend allerdings: Die Gewinner gehörten nie zu den Stars der Szene, die – etwa der Typ Bruce Liu oder Daniil Trifonov – entspringen anderen Wettbewerben.

Die Besonderheit liegt aber in der Förderung der Preisträger, denen während dreier Jahre kostenlos von der Géza-Anda-Stiftung Konzertauftritte vermittelt werden – in Europa, Südamerika und Asien. Die bekanntesten Preisträger der Vergangenheit waren Konstantin Scherbakov, Alexei Volodin, Nikolai Tokarew und Dénes Várjon.

Und nun eben dieser 1994 in Moskau geborene Ilya Shmukler. Auf einer Aufnahme können seine Wettbewerbs-Beiträge nachgehört werden, Werke von Beethoven, Schubert, Liszt, Bartók und Strawinsky. Da gibt es viel zu staunen über diesen sagenhaften Pianisten, von dem wir alle in naher und weiter Zukunft noch viel hören werden.

CHRISTIAN BERZINS



Die Schweiz erhält eine E-ID

Im zweiten Anlauf hat das Stimmvolk die Einführung einer elektronischen Identität (E-ID) äusserst knapp befürwortet. Davon könnte auch das E-Voting profitieren. Und auch Volksinitiativen könnten dereinst elektronisch unterschrieben werden.

EVELINE RUTZ

Es war eine Zitterpartie, wie sie in der Schweiz selten vorkommt: Gerade einmal 50,34 Prozent der Stimmberechtigten haben sich am 28. September 2025 dafür ausgesprochen, eine elektronische Identität (E-ID) einzuführen. Besonders viele Jastimmen kamen von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern. Sie stimmten dem Bundesgesetz, das eine E-ID ermöglichen wird (siehe auch «Schweizer Revue» 3/25), mit 63,93 Prozent klar zu. Ohne die Stimmen aus dem Ausland wäre das Resultat noch viel knapper ausgefallen: Die Zustimmung hätte lediglich 50,14 Prozent betragen.

Ein so knapper Ausgang war nicht erwartet worden. Die Vorlage war von links bis rechts, vom Bundesrat und einer Mehrheit des Parlaments befürwortet worden. Einzige die SVP und EDU stellten sich klar dagegen. Dass es

trotz dieser klar scheinenden Ausgangslage zu einem Abstimmungskrimi kam, wertet die Gegnerschaft als mangelndes Vertrauen in die Politik und den Staat. Politologen sprechen von einem allgemeinen Unbehagen gegenüber der zunehmenden Digitalisierung. Dass die Städte der E-ID zugestimmt haben, erklärt Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs Bern mit dem Modernisierungsdruck. In ländlichen Regionen sei die Skepsis grösser.

Die Fünfte Schweiz profitiert

Dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer E-ID deutlicher unterstützt haben als die restlichen Stimmberechtigten, verwundert nicht. Dank ihr werden sie Dienstleistungen der Schweizer Behörden künftig effizienter sowie unabhängiger von Zeit und Ort nutzen können. Sie werden vermehrt von durchgehend digitalen Angeboten profitieren. So etwa beim E-Voting, das dereinst ganz ohne Briefpost funktionieren könnte. Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland leben, wären nicht mehr darauf angewiesen, dass ihnen der Identifizierungscode rechtzeitig per Post zugestellt wird. Auch Volksinitiativen und Referenden könnten sie dereinst online unterschreiben, dank dem sogenannten E-Collecting.

Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) freut sich entsprechend über ein «wichtiges Ja für die Fünfte Schweiz». Mit dem Volksentscheid sieht sie eines ihrer zentralen Anliegen erfüllt. «Die staatlich herausgegebene E-ID erleichtert den digitalen Behördenverkehr über Landesgrenzen hinweg», sagt Direktor Lukas Weber. Die ASO hofft, dass vereinfachte Identifizierungsprozesse auch einen besseren Zugang zu privaten Dienstleistungen ermöglichen – insbesondere zu denen von Banken.

Erleichterter Bundesrat

Bundesrat und Justizminister Beat Jans ist über das Volks-Ja ebenfalls erleichtert. Die Bedeutung des Internets wachse und damit das Bedürfnis nach Sicherheit: «Wir wissen im analogen Leben gerne, mit wem wir es zu tun haben. Warum sollte das im Internet anders sein?» Der Bund habe die Einführung der E-ID intensiv und in einem partizipativen Prozess vorbereitet, was honoriert worden sei. Er werde diese Arbeiten weiter vorantreiben, nehme die Bedenken der Gegnerinnen und Gegner aber ernst: «Wir werden uns anstrengen müssen, um das Vertrauen derjenigen zu gewinnen, die Nein gestimmt haben.» Und Jans versicherte, der digitale Ausweis werde freiwillig bleiben. Genau darauf pocht das Nein-Lager. Es kündigt an, die Umsetzung kritisch zu verfolgen. Fast die Hälfte der



Justizminister Beat Jans will nach dem sehr knappen Entscheid das Vertrauen derjenigen gewinnen, die Nein gestimmt haben. Foto Keystone

Stimmberechtigten habe die E-ID abgelehnt, betont SVP-Nationalrat Lukas Reimann: «Ich werde mich gegen weitere Vorlagen mit Digitalisierungszwang wehren.» Das Parlament, der Bundesrat und die Verwaltung müssten «nun auf die Bremse stehen». Und Monica Amgwerd, Kampagnenleiterin und Generalsekretärin der «Digitalen Integrität Schweiz» fordert, dass Datenschutz- und Sicherheitsgarantien ins Gesetz geschrieben werden: «Dann sind auch die gut 50 Prozent zufrieden, die aus diesen Gründen Nein gesagt haben.»

Fachleute erwarten mehr Tempo

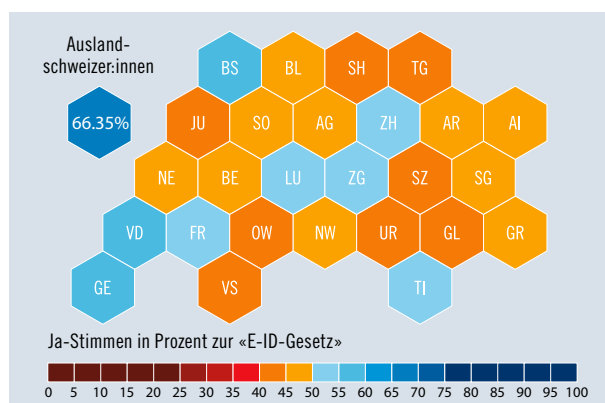
Am 28. September 2025 ist ein System gutgeheissen worden, das einen vertrauenswürdigen Datenaustausch technisch und organisatorisch sicherstellt. Mit dieser so genannten Vertrauensinfrastruktur können Behörden sowie private Unternehmen auch andere elektronische Nachweise ausstellen. Beispielsweise einen Führerschein, eine Wohnsitzbestätigung, einen Strafregisterauszug oder ein Diplom. Erhältlich sein soll die E-ID ab dem dritten Quartal 2026. Bis dahin gebe es noch viel zu tun, sagt Rolf Rauschenbach, E-ID-Informationsbeauftragter beim Bund. Der Bund müsse die Vertrauensinfrastruktur für den gesetzeskonformen produktiven Betrieb vorbereiten. Anschliessend seien all jene Stellen gefordert, welche die E-ID nutzen oder gar eigene elektronische Nachweise ausstellen wollten. Rauschenbach: «Nicht zuletzt gilt es, die Bevölkerung vom Nutzen im täglichen Gebrauch zu überzeugen.»

Der Eigenmietwert wird abgeschafft

Auf weniger Gegenwehr stiess die zweite Abstimmungsvorlage vom 28. September. 57,7 Prozent der Stimmenden sprachen sich dafür aus, den Eigenmietwert abzuschaffen. Die Deutschschweiz und das Tessin hiessen die Reform der Wohneigentumsbesteuerung mehrheitlich gut, während die Romandie diese geschlossen ablehnte. Dieser deutliche Graben hatte sich bereits im Abstimmungskampf offenbart. Im französischsprachigen Teil des Landes hatten – anders als im Rest der Schweiz – auch bürgerliche National- und Ständeräte gegen eine Abschaffung gekämpft. Sie warnten davor, dass künftig weniger in Liegenschaften investiert und das Baugewerbe geschwächt werde.

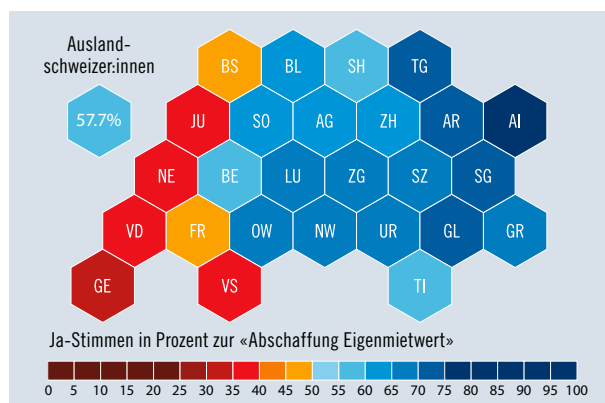
In der Deutschschweiz wurde grundsätzlicher diskutiert. Hier wurde vor allem darüber gestritten, ob die Steuer auf selbstgenutzte Häuser und Wohnungen fair sei. Letztlich zeigten sich Mieterinnen und Mieter solidarisch. Die Fünfte Schweiz entschied sich sogar mit 61,3 Prozent

Elektronische Identität: Digitaler Ausweis ab 2026



Äusserst knapp fand die E-ID eine Mehrheit. Sie wurde von 50,34 Prozent der Stimmberechtigten angenommen. Die Fünfte Schweiz stimmte ihr mit 63,93 Prozent deutlich zu. Skeptisch zeigten sich besonders ländliche Regionen.

Wohneigentum: Eigenmietwert wird abgeschafft



Wer ein Haus oder eine Wohnung besitzt, muss künftig kein fiktives Einkommen mehr versteuern. 57,7 Prozent des Stimmvolks entschied, den Eigenmietwert abzuschaffen. Die Diaspora unterstützte den Systemwechsel mit 61,3 Prozent Ja.

Ja für den Systemwechsel, der frühestens 2028 in Kraft treten wird. Er sieht vor, dass auch Steuerabzüge für Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten wegfallen. Die Reform ermöglicht es den Kantonen zudem neu, Feriendomizile zu besteuern. Sie kommt damit den Bergregionen entgegen, die eine Abschaffung des Eigenmietwerts bislang stets abgelehnt hatten.

Die Waadtländer Polizei in der Krise: Kritik an der Ausbildung

Seit 2016 kamen im Kanton Waadt fünf Menschen afrikanischer Herkunft bei Polizeikontrollen ums Leben. Auch rassistische Äusserungen in Chats zwischen Polizeibeamtinnen und -beamten sorgten für Empörung. Nun wird die Qualität der Ausbildung auf den Prüfstand gestellt. In der Westschweiz steht insbesondere die Polizeiakademie in Savatan in der Kritik.

STÉPHANE HERZOG

Zwischen 2016 und 2025 starben fünf Menschen während oder nach Festnahmen durch Waadtländer Polizeibeamte. Sie waren allesamt afrikanischer Herkunft. Das liess den Verdacht zu, die Polizei wende nicht nur unkontrolliert Gewalt an, sondern tue dies zudem rassistisch motiviert. Als im Sommer 2025 bekannt wurde, wie Lausanner Polizisten in Chats rassistische und sexistische Äusserungen austauschten, hatte dies Folgen: Acht Polizisten wurden suspendiert. Nach Angaben des Senders RTS war einer von ihnen bei der Festnahme von Mike Ben Peter am 28. Februar 2018 in Lausanne dabei. Der des Drogenhandels verdächtige Nigerianer wurde so lange in Bauchlage festgehalten, bis das ihn das Leben kostete. Zwar wurden die sechs in diesen Fall verwickelten Polizisten erstinstanzlich freigesprochen, doch vor dem Bundesgericht ist der Fall weiterhin hängig. «Die Abfolge von Ereignissen wirft Fragen auf», räumt Frédéric Maillard ein. Er ist Analyst für Polizeipraxis in der Schweiz und Berater des Polizeikommandanten von Lausanne, Olivier Botteron. Welches ist hier der gemeinsame Nenner? Das ist die grosse Frage.

Eine einzige Theorie für alle Vorkommnisse

An den Ereignissen waren mehrere Gemeindepolizeistationen des Kantons Waadt (Lausanne, Morges, Chablais) sowie die Kantonspolizei beteiligt. Liegt innerhalb dieser Behörden möglicherweise ein systemisches Problem vor? Frédéric Maillard spricht im Fall Lausanne von einem sehr dichten Einsatzgebiet, einem starken «Korpsgeist» und einer abgeschotteten Polizei. Die Führungskräfte sind

teilweise durch Kooptation in ihr Amt gelangt. Nach Kenntnis von Maillard bestehen aber in den Polizeikörpern der Deutschschweiz ähnliche Strukturen, die dieselben Risiken aufweisen.

Und wie steht es um die Polizeiausbildung? Die sechs regionalen Polizeischulen der Schweiz arbeiten nach einem vom Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) entwickelten Modell. Seit 2020 dauert der Lehrgang zwei Jahre: Ein Jahr verbringen die Anwärterinnen und Anwärter an der Schule, das andere widmet sich der praktischen Arbeit.

Zur Theorieausbildung gehören auch Module, die sich mit Ethik und Minderheiten befassen. «Die ethnische Zugehörigkeit darf niemals das einzige Kriterium für eine Polizeikontrolle sein», steht in einem Lehrmittel. Die Prüfungen für Polizeibeamtinnen und -beamte sind einheitlich, aber die Entscheidung für jede Einstellung liegt bei den Kantonen.

In Neuenburg müssen Bewerberinnen und Bewerber beispielsweise zunächst eine Grundprüfung in verschiedenen Fächern absolvieren: Französisch, Sport und Allgemeinbildung. Auch ein psychologischer Eignungstest gehört dazu. Jedes Jahr werden etwa 25 von insgesamt 300 Bewerbenden ausgewählt. Die Anwärterinnen und Anwärter werden in Situationen versetzt, die den richtigen Umgang mit Autorität erfordern.

Ein Kandidat spielt beispielsweise die Rolle des Kondukteurs im Zug, der einen Fahrgast darauf anspricht, dass dieser seine Füsse auf dem Sitz hat. «Wird der Kandidat gewalttätig, nachdem er den Fahrgast zweimal aufgefordert hat, seine Füsse auf den Boden zu stellen, ist klar, dass es mit seiner Bewerbung nicht klappen wird», sagt Raphaël Jallard, Direktor des interregionalen Polizei-Ausbildungszentrums

der Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura (IPAZ). «Man muss eine Verbindung mit seinem Gegenüber herstellen und nicht gegen die betreffende Person arbeiten», erklärt der ehemalige Kommissar. Aus seiner Sicht darf die Polizistin oder der Polizist nicht selbst «zum Problem werden». Wie wir von ihm erfahren, gehören sowohl in Freiburg als auch in Neuenburg ausführliche Gespräche mit einer psychologischen Fachperson zum Einstellungsverfahren. Das Endziel des IPAZ: «Eine Bürgerpolizei ausbilden.»

Eine zu militärisch geprägte Ausbildung

Die Polizistinnen und Polizisten des Kantons Waadt werden an der Polizeiakademie in Savatan (VD) ausgebildet, wo die Anwärterinnen und Anwärter gemeinsam mit denjenigen aus Genf geschult werden. Der Kanton Wallis hat sich diesen Sommer aus dieser Einrichtung zurückgezogen. Das 2004 in einer ehemaligen Kaserne eröffnete Zentrum mit dem Spitznamen «Le Rocher» (der Felsen) wurde bereits wiederholt kritisiert. Gleiches gilt auch für seinen Direktor, Oberst Alain Bergonzoli, der 2008 sein Amt angetreten hat.

«Wir haben schon immer gesagt, dass dieser Ort für die Ausbildung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern nicht geeignet ist. Die Ausbildung ist militärisch geprägt, autoritär und auf Formalitäten wie Paraden fixiert», kritisiert Inspektor Mike Berker, Vizepräsident der Gewerkschaft der Kriminalpolizei in Genf. Der Ausbildungsstil und die Abgelegenheit der Kaserne verhindern seiner Meinung nach die Rekrutierung interessanter Profile für die Kantonspolizei. «Die Anwärterinnen und Anwärter



Die Fälle von mutmasslicher Polizeigewalt führte in der Westschweiz wiederholt zu öffentlichen Protesten. Hier eine Mahnwache für Roger Nzoj Wilhelm, der am Bahnhof von Morges zu Tode kam.

Foto Keystone

sind jung und werden in einem Umfeld ausgebildet, in dem jeder menschliche Kontakt eine potenzielle Gefahr darstellt. Wenn sie dann in Genf ankommen, muss die gesamte Ausbildungsphilosophie revidiert werden», sagt Mike Berker.

Nach Ansicht von Frédéric Maillard mag ein Jahr «auf dem Felsen» für gewisse Personen vielleicht geeignet sein. Er erinnert jedoch daran, dass die Genfer Polizei gegen diesen Umzug war, da die Kriminalpolizei bereits zuvor über eine spezielle Ausbildung für angehende Inspektorinnen und Inspektoren verfügte. «Früher nahm die Genfer Polizei auch Akademikerinnen und Akademiker und Personen aus dem Dienstleistungssektor auf, ohne dass die körperliche Leistung eines der Hauptkriterien war», sagt der Experte. Die Aussicht auf das frühmorgendliche Flaggenhissen auf dem einsamen Felsen schreckt diese Art von Kandidierenden jedoch ab.

Im Jahr 2016 befragte die Genfer Soziologin Dominique Felder Polizeikommandanten aus den Kantonen Waadt und Wallis. Sie kam zu folgendem Ergebnis: «Der militärische Stil führt dazu, dass Intensität über In-

halt, Gehorsam über Urteilsvermögen und Konformität über Autonomie gestellt werden.» Das Dokument führte zu einer Reihe von Reformen.

Savatan schliesst seine Türen

Polizistinnen und Polizisten, die in Savatan ausgebildet wurden, berichteten von sexistischen und rassistischen Äusserungen und Verhaltensweisen seitens der Auszubildenden. Hat die in Savatan herrschende Atmosphäre möglicherweise einen negativen Einfluss auf einige der in die Fälle der Waadtländer Polizei verwickelten Beamtinnen und Beamten gehabt? «Ich selber konnte bei einigen Anwärterinnen und Anwärtern beobachten, wie sehr sie durch Übungen konditioniert worden waren –, durch Übungen, in denen selbst dann Misstrauen gegenüber anderen Personen gelernt wurde, wenn diese um Hilfe bitten. Selbst sie gelten als potenzielle Bedrohung», sagt Frédéric Maillard.

Nach Angaben einer externen Fachkraft, die Savatan besucht hatte, liess das Ausbildungszentrum bestimmte Äusserungen oder Verhaltensweisen zu, die – wenn sie inner-

halb der Polizei nicht durch klare Richtlinien geregelt werden – zu Entgleisungen führen können. Die Kantonspolizei hingegen scheinen die auf dem Felsen angewandten Methoden nicht zu beunruhigen. «Der Kausalzusammenhang zwischen der Ausbildung in Savatan und der Affäre um die WhatsApp-Gruppen der Lausanner Stadtpolizei ist keineswegs erwiesen», erklärte Staatsrat Vassilis Venizelos vor dem Grossen Rat des Kantons Waadt.

Fest steht inzwischen: Bis 2029 werden die Kantone Waadt und Genf die Ausbildung ihrer Polizistinnen und Polizisten wieder selbst übernehmen. Es ist allerdings nicht der schlechte Ruf von Savatan, der zu dieser Massnahme geführt hat. Vielmehr handelt es sich um zentrifugale Kräfte und finanzielle Überlegungen, zumal der Mietvertrag von Savatan – die Anlage wird von der Armee gemietet – ohnehin ausläuft. Die grösste Herausforderung liegt darin, dass die Polizistinnen und Polizisten der Romandie alle nach dem gleichen Muster ausgebildet werden, obwohl sich die Methoden und die Kultur in jedem Kanton unterscheiden.

Ein Gesetz, das seit zehn Jahren das Alltagsleben der Fünften Schweiz prägt

2025 feiert das Auslandschweizergesetz sein zehnjähriges Bestehen. Das «Bundesgesetz über die Schweizer Personen und Institutionen im Ausland», wie es vollständig heisst, trat am 1. November 2015 in Kraft und verschaffte der Fünften Schweiz mehr Sichtbarkeit und Ansehen.

AMANDINE MADZIEL

Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer machen 11,2 Prozent (2024) der gesamten Schweizer Bevölkerung aus. Hinter dieser Zahl stehen ganz verschiedene individuelle Lebensentwürfe und Bedürfnisse sowie die unterschiedlichsten Erwartungen und Verpflichtungen. Beim Auslandschweizergesetz handelt es sich nicht nur um einen Rechtstext, sondern auch um eine Anerkennung des besonderen Status der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Für den ehemaligen Ständerat Filippo Lombardi, Initiator des Gesetzes und derzeit Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO), geht es dabei vor allem um das «Bewusstsein, eine eigene Identität zu haben und über die gleichen Rechte wie die in der Schweiz wohnhaften Bürgerinnen und Bürger zu verfügen». Diese lang ersehnte Gleichstellung konnte nach einem politischen Kampf im Interesse der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer schliesslich «errungen» werden. Das Image der Schweizer Auswanderinnen und Auswanderer war nämlich nicht immer rosig und wurde im Laufe der Geschichte stets von politischen Bewegungen und Strömungen im Auge behalten.

Die Schweiz ... und ihre Staatsangehörigen im Ausland

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Schweiz ein Auswanderungsland. Die Migrationsbilanz fiel negativ aus, und dafür gab es mehrere Gründe. Die mit dem Bauernleben verbundene Unsicherheit und der harte Alltag veranlassten viele Schweizerinnen und Schweizer, ihr Glück jenseits der Landesgrenzen zu versuchen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts boomten Auswanderungsagenturen und boten Interessierten die Organisation der Reise in ihr Zielland an, wobei sie allerdings oft die Unkenntnis der Auswanderungswilligen ausnutzten. Zu diesem Zeitpunkt gab es in der Eidgenossenschaft mehr als 300 dieser lukrativen Handelsunternehmen. Das 1888 gegründete Auswande-

rungsamt hatte die Aufgabe, diese Agenturen zu überwachen.

Lange Zeit wurden die ausgewanderten Schweizerinnen und Schweizer von den Behörden als Belastung empfunden. Dementsprechend erhielten sie nur wenig Unterstützung. Erst 1966 wurden Bestimmungen zu Auslandschweizerinnen und -schweizern ausdrücklich in Artikel 45bis der Bundesverfassung verankert. Dadurch verbesserten sich ihre rechtliche Anerkennung und ihr Status. 1999 wurde Artikel 45bis im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung durch Artikel 40 ersetzt. Dieser besagt, dass der Bund einen Beitrag leistet, um die Beziehungen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer untereinander und zur Schweiz zu stärken. Ausserdem ist darin festgelegt, dass der Bund Vorschriften über die Rechte und Pflichten der Auslandschweizerinnen und -schweizer erlässt, namentlich in Bezug auf die Ausübung der politischen Rechte im Bund, die Erfüllung der Militär- und Ersatzdienstpflicht, die Unterstützung von Bedürftigen sowie die Sozialversicherungen.

Die Fünfte Schweiz als Ressource

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts verbesserte sich die Wahrnehmung der Auslandschweizerinnen und -schweizer deutlich. Laut Filippo Lombardi wurde die Fünfte Schweiz nun eindeutig als Bereicherung wahrgenommen. Lange Zeit vernachlässigt, erkannte die Politik zu jener Zeit die Bedeutung dieser im Ausland lebenden Bevölkerungsgruppe. Das Auslandschweizergesetz (ASG) entstand auf eine parlamentarische Initiative des Tessiner Ständerats Filippo Lombardi hin und dank des Engagements von Rudolf Wyder, dem damaligen Direktor der ASO.

Vor der Verabschiedung des ASG waren die Bestimmungen über Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Reglemente verteilt. Welche Botschaft wurde mit der Einführung des ASG vermittelt? Für Filippo

Lombardi verlieh sie «dem Verfassungsauftrag eine gewisse Würde». Im Gesetz wurden die Pflichten und Aufgaben der im Ausland lebenden Bevölkerung zusammengefasst und klar gegliedert. Es erhebt die Eigenverantwortung zum Grundprinzip der Beziehung zwischen dem Bund und den Bürgerinnen und Bürgern, gewährt ihnen bestimmte Rechte und legt gleichzeitig den Rahmen für Unterstützungsmöglichkeiten fest. Zudem listet das Gesetz die verschiedenen Leistungen auf, welche die Schweiz Staatsangehörigen gewähren kann, die sich vorübergehend oder dauerhaft im Ausland aufhalten.

Welches sind die wichtigsten Inhalte des Auslandschweizergesetzes?

Eintragung ins Auslandschweizerregister

Als Auslandschweizerin bzw. Auslandschweizer im Sinne des ASG gilt jede Person, die sich bei der zuständigen Vertretung gemeldet hat und somit im Auslandschweizerregister eingetragen ist. Dieser Eintrag ist obligatorisch. Die Gewährung konsularischer Leistungen sowie die Ausübung politischer Rechte setzen die Eintragung in diesem Register für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer voraus.

Meldepflicht

Erwirbt ein Kind die Schweizer Staatsangehörigkeit durch Geburt oder Adoption, muss es unter Vorlage der amtlichen Dokumente bei der zuständigen Vertretung angemeldet werden. Anschliessend wird es im Auslandschweizerregister eingetragen.

Administrative Dienstleistungen

Das Gesetz benennt die konsularischen Leistungen, die in verschiedenen Bereichen wie Zivilstand, Einbürgerung, Militärangelegenheiten oder Ausstellung von Ausweispapieren gewährt werden können.

Ausübung politischer Rechte

Volljährige Schweizer Staatsangehörige können ihre politischen Rechte unabhängig von



ihrem Wohnort entweder in einer Schweizer Gemeinde oder im Ausland ausüben. Das ASG regelt die Grundsätze und Modalitäten der Ausübung des Stimmrechts durch im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer. Die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte gelten subsidiär. Stimmberechtigte Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer müssen jedoch dem zuständigen Konsulat ausdrücklich mitteilen, dass sie ihr Stimmrecht ausüben wollen.

Sozialhilfe

Hilfsbedürftige Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können einen Antrag auf Sozialhilfe stellen. Dieser wird individuell geprüft. Ist der Antrag erfolgreich, erbringt der Bund Sozialhilfeleistungen im Ausland oder unterstützt die betroffenen Personen bei ihrer Rückkehr in die Schweiz.

Konsularischer Schutz

Das ASG regelt auch die Gewährung von konsularischem Schutz für im Ausland lebende Schweizer Staatsangehörige. Darunter fallen auch Hilfeleistungen in Krisen- und Katastrophenfällen. Da das Prinzip der Eigenverantwortung gilt, besteht kein subsidiär geltendes Recht auf konsularischen Schutz.

Nun feiert das Gesetz sein zehnjähriges Bestehen. Wie fällt die Bilanz aus?

Für Filippo Lombardi ist die Bilanz äusserst positiv. Das Gesetz wird nach wie vor sehr geschätzt und erweist den Betroffenen gute Dienste. Es ist ein demokratisches Instrument, das sich in den letzten zehn Jahren bewährt hat und nach wie vor aktuell ist. Bisher waren keine Gesetzesänderungen erforderlich, was die Wirksamkeit des Gesetzes unterstreicht. Etwas bedauert Lombardi allerdings: dass die Schweizerschulen nicht im Gesetz aufgeführt und daher weniger gut geschützt sind. Die Verteidigung der Interessen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wurde durch dieses Gesetzespaket insgesamt also gestärkt und sichtbar gemacht. Die Farben der Fünften Schweiz müssen jedoch in einer komplizierter gewordenen Welt und ebensolchen Schweiz sowie einer für alle ungewissen Zukunft weiterhin aufmerksam verteidigt werden.

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 5. November 2025 beschlossen, dass am 8. März 2026 über folgende eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (BBi 2025 2885 2886)
- Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» (BBi 2025 2887)
- Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» (BBi 2025 2888)
- Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung (BBi 2025 2033)

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.



Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Für eine spendenbasierte Fluchthilfe und Schutzgewährung (Fluchthilfe-Initiative)» (12. Februar 2027)
- Eidgenössische Volksinitiative «Für die Anerkennung des Staates Palästina» (14. April 2027)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch

- > Politische Rechte
- > Volksinitiativen
- > Hängige Volksinitiativen



Neues Anmeldesystem: Plätze werden verlost

Der Jugenddienst reagiert auf die enorm grosse Nachfrage nach seinen Lagern und ändert das Anmeldesystem.

Um mehr Fairness für alle Teilnehmenden zu gewährleisten, insbesondere angesichts unterschiedlicher Zeitzone, wird 2026 ein neues Anmeldesystem für die Lager des Jugenddienstes der ASO eingeführt: das Losverfahren.

Jede Person darf sich pro Lager nur einmal anmelden. Jedoch ist es möglich, sich gleichzeitig für mehrere Lager zu registrieren. Dabei achten wir darauf, dass ein Kind grundsätzlich

auf der Warteliste steht. Wird ein Kind für mehrere Lager ausgelost, wird es von uns per E-Mail informiert und kann sich für eines der Lager entscheiden. Die Wahl des Lagers muss innerhalb von 24 Stunden dem Jugenddienst mitgeteilt werden. Erst danach erfolgt die verbindliche Teilnahmebestätigung. Sollten nach der Auslosung noch Plätze frei sein, sind zusätzliche Anmeldungen möglich vom 14. Januar 2026 ab 14:00 Uhr bis zum 15.

Ferienlager 2026: Sommerabenteuer in der Schweiz

Ein Sommerlager in der Schweiz ist die perfekte Gelegenheit, Natur, Abenteuer und Schweizer Kultur zu verbinden. Umgeben von den Alpen erleben Jugendliche unvergessliche Tage voller Aktivitäten, Begegnungen und Entdeckungen, sei es beim Wandern, Baden oder am Lagerfeuer.

Die vom Jugenddienst der ASO organisierten Lager richten sich im Jahr 2026 an Jugendliche ab 15 Jahren. Sie bieten die Chance, die eigenen Wurzeln zu stärken und Freundschaften fürs Leben zu schliessen. Unsere Ferienlager 2026 im Überblick:

- 4.– 17. Juli 2026: Sport- und Freizeitlager in St. Stephan (BE)
- 18.– 31. Juli 2026: Sport- und Freizeitlager in St. Stephan (BE)
- 18.– 31. Juli 2026: «Berg und See»
- 1.– 14. August 2026: «Swiss Challenge», ganze Schweiz

nur an einem Lager pro Jahr teilnimmt. Das Ziel ist letztlich, dass möglichst viele vom Lagerangebot profitieren können.

Beim neuen Verfahren wird die Anmeldephase für 24 Stunden geöffnet: vom 13. Januar 2026, 10:00 Uhr Schweizer Zeit, bis am 14. Januar 2026, 10:00 Uhr. Nach Eingang des Anmeldeformulars erhalten Sie für jedes gewählte Lager eine Bestätigungs-E-Mail für die Teilnahme am Losverfahren. Am Ende dieser Phase werden die Teilnehmenden pro Lager ausgelost. Nach dieser Auslosung erhalten die Teilnehmenden eine E-Mail mit folgenden Informationen: ob ein Platz zugewiesen wurde, für welches Lager, oder ob die Person

März 2026, nach dem Prinzip «first come, first served». Weitere Informationen zu den Jugendangeboten sind unter www.revue.link/lager zu finden. Für ergänzende Auskünfte steht der Jugenddienst gerne zur Verfügung.

MARIE BLOCH,
JUGENDDIENST DER ASO



Auslandschweizer-Organisation SwissCommunity
Jugenddienst
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 24
youth@swisscommunity.org
www.swisscommunity.org



Direktor Lukas Weber übergibt sein Amt an Daniel Hunziker

Nach einer intensiven und engagierten Zeit an der Spitze der Direktion wird Lukas Weber seine Funktion als Direktor der Auslandschweizer-Organisation (ASO) per 31. Dezember 2025 abgeben. Der ASO-Vorstand dankt Lukas Weber herzlich für seine Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit in einer anspruchsvollen Phase.

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass Daniel Hunziker als neuer Direktor gewählt wurde. Er wird seine Aufgabe am 1. Januar 2026 übernehmen und bereits zuvor mit Lukas Weber eine geordnete Übergabe sicherstellen.

Daniel Hunziker hat breite berufliche Erfahrung im Bereich Finanz und Organisation, war Schweizer Honorarkonsul in Neukaledonien, wo er lange Jahre lebte und somit die Perspektive der Fünften Schweiz kennt.

FILIPPO LOMBARDI,

PRÄSIDENT DER AUSLANDSCHWEIZER-ORGANISATION

SJAS bietet 2026 neun Sommerferienlager und ein neues Info-Meeting an



Foto SJAS

Das Jahr neigt sich dem Ende zu – und bei der SJAS liegt nicht nur weihnachtliche Vorfreude in der Luft, sondern auch Spannung und Begeisterung: Das Winterferienlager steht kurz bevor! Kaum ist dieses Abenteuer vorbei, geht es bereits weiter, denn am Dienstag, 13. Januar 2026, heisst es wieder: Achtung, fertig, los! Der Anmeldestart für die Sommerferienlager steht an.

Damit alle bestens vorbereitet sind, finden sich auf unserer Webseite stets die aktuellen Lagerorte, Daten und Alterskategorien, für welche eine Anmeldung möglich ist. Für den Sommer 2026 ist ein abwechslungsreiches Programm mit neun verschiedenen Ferienlagern geplant. Auf den Swiss Trips wird jeweils ein anderer Teil der Schweiz erkundet – zum Beispiel die Westschweiz oder die Zentralschweiz.

Neu finden sich auf der Webseite auch FAQ's sowie verbesserte Anleitungen für die

Anmeldung. Damit ist nicht genug. Die SJAS bietet nächstes Jahr zum ersten Mal ein digitales Informationsmeeting für die Eltern an. Wer Zeit und Interesse hat, kann sich am Donnerstag, den 4. Juni 2026 zu einem Teams Meeting einschalten. Alle weiteren Informationen dazu folgen in der April-Ausgabe.

Bei Fragen oder Anliegen steht euch selbstverständlich auch die Geschäftsstelle gerne zur Verfügung: info@sjas.ch oder +41 31 356 61 16.

ISABELLE STEBLER, SJAS

Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
The foundation for young swiss abroad
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)
Alpenstrasse 24, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 16
info@sjas.ch | www.sjas.ch

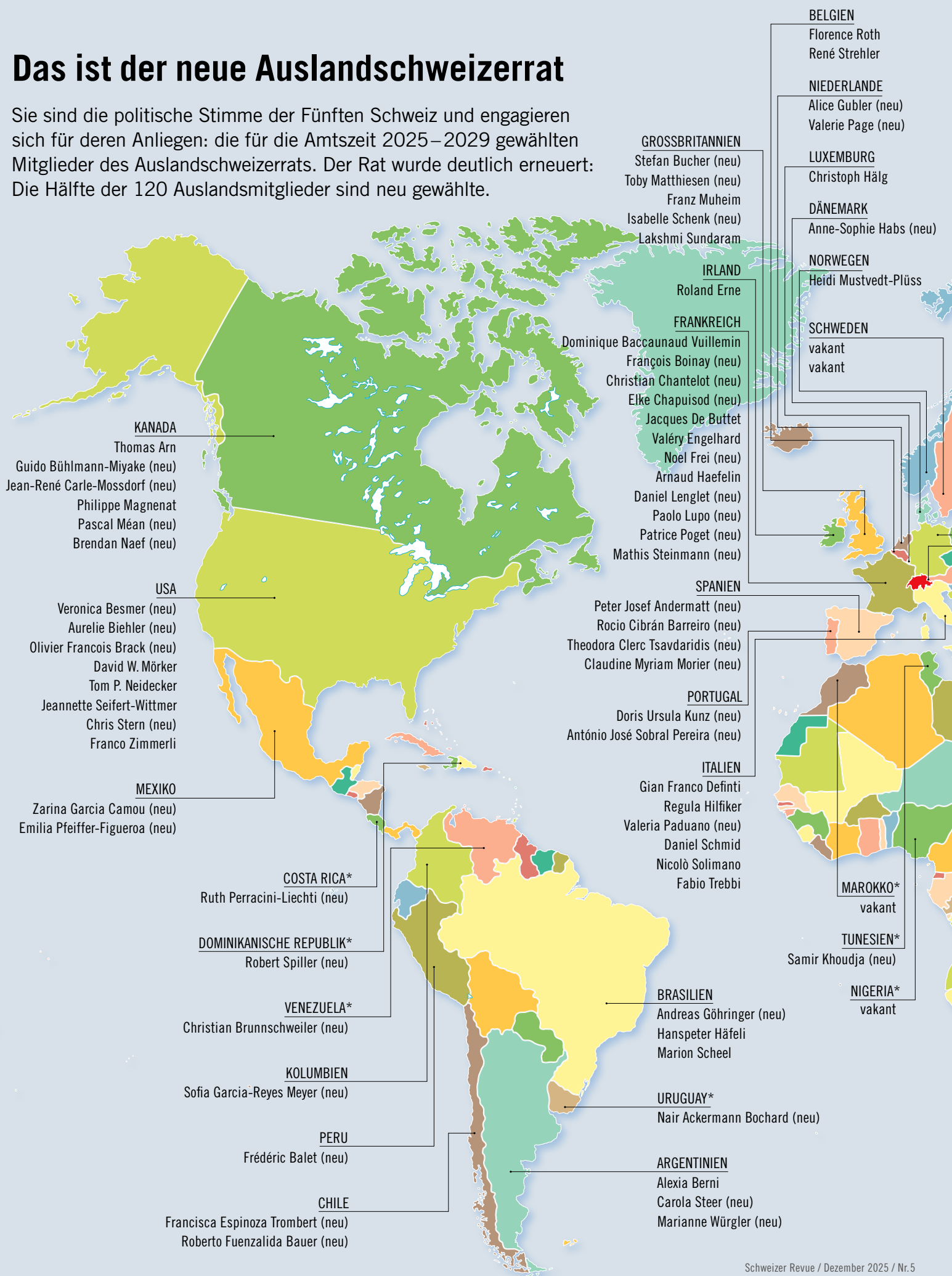


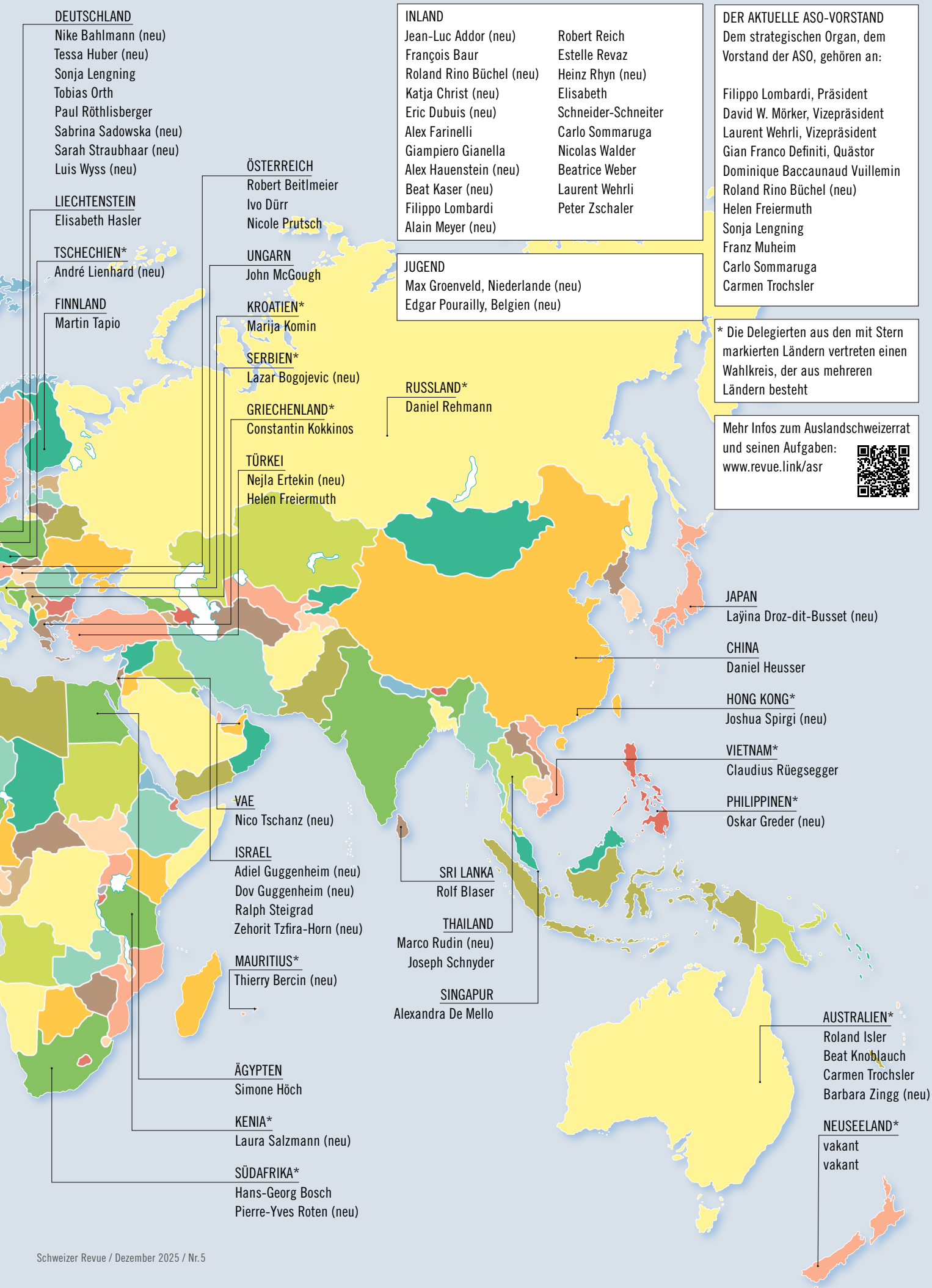
Angebot	Datum	Altersgruppe	Anz. Teilnehmende
Bern, Waldmatte (BE)	20.6. – 3.7. 2026	10 – 14 Jahre	42
«Swiss Trip» 1	24.6. – 3.7. 2026	12 – 14 Jahre	30
Wengen, Alpenblick (BE)	4.7. – 17.7. 2026	12 – 14 Jahre	36
Rechberg (AR)	8.7. – 17.7. 2026	8 – 12 Jahre	36
«Swiss Trip» 2	8.7. – 17.7. 2026	12 – 14 Jahre	30
Langenbruck (BL)	18.7. – 31.7. 2026	8 – 12 Jahre	36
Gastlosen, Jaun (FR)	18.7. – 31.7. 2026	12 – 14 Jahre	48
Fieschertal (VS)	1.8. – 14.8. 2026	10 – 14 Jahre	48
«Swiss Trip» 3	5.8. – 14.8. 2026	12 – 14 Jahre	30

Das Gesicht der ASO an den SwissCommunity-Days 2025 in Bern: Lukas Weber. Er verlässt die ASO auf Ende Jahr. Foto Marc Lettau

Das ist der neue Auslandschweizerrat

Sie sind die politische Stimme der Fünften Schweiz und engagieren sich für deren Anliegen: die für die Amtszeit 2025–2029 gewählten Mitglieder des Auslandschweizerrats. Der Rat wurde deutlich erneuert: Die Hälfte der 120 Auslandsmitglieder sind neu gewählt.





Die Schweizerschulen im Ausland

Gegenwärtig müssen sich die Schweizerschulen im Ausland und ihr Dachverband **educationsuisse** verstärkt Sorgen um ihre Zukunft machen. Die vom Bund vorgeschlagenen Sparmassnahmen gefährden ihre Existenz rund um den Globus.

RUTH VON GUNTEN

Die 17 vom Bund anerkannten Schweizerschulen im Ausland befinden sich in zehn Ländern, verteilt auf drei Kontinente. Ge-gründet wurden sie einst von den Ausland-schweizergemeinschaften vor Ort. Heute legt das Schweizerschulengesetz die Vorgaben zur Anerkennung der Schulen fest. Das Bundesamt für Kultur ist für das Dossier Schweizerschulen im Ausland innerhalb der Bundesverwaltung und für die Berechnung der Subventionsbeiträge zuständig. Jede Schule hat auch einen Patronatskanton, der die pädagogische Beratung und Aufsicht innehat.



Bildung nach Vorgaben und Lehrplan der Eidgenossenschaft: Schweizerschulalltag – in Barcelona, Spanien.
Foto educationsuisse

Die Schweizerschulen im Ausland

Brasilien

- Escola Suíço-Brasileira de São Paulo
- Colégio Suíço-Brasileiro, Curitiba

Chile

- Colegio Suizo de Santiago

China

- Swiss School Beijing

Italien

- Scuola Svizzera Bergamo
- Scuola Svizzera Catania
- Scuola Svizzera di Roma
- Scuola Svizzera Rahn Education Milano

Kolumbien

- Colegio Helvetia, Bogotá

Mexiko

- Colegio Suizo de México – Campus México CDMX
- Colegio Suizo de México – Campus Cuernavaca
- Colegio Suizo de México – Campus Querétaro

Peru

- Colegio Pestalozzi, Lima

Singapur

- Swiss School in Singapore

Spanien

- Colegio Suizo de Madrid
- Escuela Suiza de Barcelona

Thailand

- RIS Swiss Section – Deutschsprachige Schule Bangkok

Dachverband

educationsuisse, www.educationsuisse.ch

Die Aufgaben der Schweizerschulen im Ausland umfassen nicht nur einen zweisprachigen Unterricht nach Schweizer Lehrplan, sondern auch die Förderung der schweizerischen Kultur und die Unterstützung der Bindung zwischen jungen Auslandschweizer:innen und ihrer Heimat. Auch sollen sie multi-kulturelle Begegnungsorte sein.

Heinz Rhy, Präsident **educationsuisse**, sagt: «Wer eine Schweizerschule im Ausland besucht, profitiert nicht nur von der Qualität der Schule und des Unterrichts nach Lehrplan und Anforderungen der Schweiz, sondern erlernt zugleich mehrere Sprachen und lernt verschiedene Kulturen kennen. Schweizer Werte und Horizonterweiterung, Innovation und Vernetzung, Brückenbauen und Gemeinschaftstärken, das lernen die Schüler:innen in den Schweizerschulen zusätzlich zum schulischen Kompetenzerwerb. Die Abschlüsse der Schweizerschulen sind auf allen Ebenen anerkannt. Wer also mit Maturität abschliesst, kann auch an Schweizer Universitäten das Studium aufnehmen.»

Seit der Gründung seiner Vorgängerorganisation hat sich der Dachverband **educationuisse** zu einer zentralen Schnittstelle im Netzwerk der Schulen und zur Interessensvertretung gegenüber Behörden und Politik in der Schweiz entwickelt. Seine Hauptaufgaben umfassen die Förderung und Vernetzung der Schulen, die Beratung und Unterstützung

der Absolvent:innen dieser Schulen und allgemein von jungen Auslandschweizer:innen bei der Suche nach einer postobligatorischen Ausbildung in der Schweiz. **Educationuisse** ist auch Arbeitgeber von Schweizer Lehrpersonen an den Schweizerschulen in Europa.

Mehrheitlich durch Elternbeiträge finanziert, sind die Schweizerschulen Botschafterinnen der Schweiz im Gastland, indem sie die schweizerische Bildung und Werte vermitteln und die Verbindung zwischen der Schweiz und dem Ausland stärken. Diese lang bewährte Präsenz würde durch die einschneidende Reduktion der Subventionen gefährdet und die jahrzehntelange Vernetzungs- und Aufbauarbeit zu nichte gemacht.

educationsuisse ist der Dachverband der 17 vom Bund anerkannten Schweizerschulen im Ausland. **educationsuisse** berät und unterstützt junge Auslandschweizer:innen sowie Schüler:innen der Schweizerschulen im Ausland, die in der Schweiz eine Ausbildung absolvieren möchten.



educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
+41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch, educationsuisse.ch



1/800 000



Die Fünfte Schweiz ist ein buntes, vielfältiges, vielsprachiges Puzzle aus weit über 800 000 Teilen. Das heutige Puzzleteilchen legt ...

... **Vanessa Meister, 44. Sie lebt seit 2010 in Kerala, Indien. Sie ist Designerin und Kreativberaterin.**

Was braucht es, um sagen zu können: Da bin ich daheim?

Für mich war es der Moment, in dem ich die Möglichkeit in Betracht zog, in Indien Kinder zu bekommen. Es dauerte eine Weile, bis ich die Kultur gut genug kannte und einen Tagesrhythmus gefunden hatte, bei dem ich mir vorstellen konnte, hier ein Kind zur Welt zu bringen. Das Warten hat sich gelohnt und ich möchte auch mit einigen Klischees über das Gesundheitswesen aufräumen: Meine beiden Geburtserfahrungen waren fantastisch und unvergesslich.

Kann man mehrere Heimaten haben?

Ja, ich denke, das ist möglich. Die Verbindung zu meinem Heimatland, in dem ich aufgewachsen bin – der Schweiz – und zu dem Land, das mich aufgenommen hat – Indien – ist zwar unterschiedlich, aber genauso stark. In beiden Fällen spüre ich grossen Respekt, immense Dankbarkeit und eine sehr tiefe Loyalität. Es geht nicht darum, sich für das eine oder das an-

dere Land zu entscheiden, sondern darum, sich mit Vertrauen und innerer Stärke auf beide einzulassen.

Wie und wann zeigst du im Alltag, dass du Schweizerin bist?

Ich bin pünktlich und zuverlässig. Im Privatleben und auch bei der Arbeit. Ich glaube, diese Beständigkeit und ruhige Kraft habe ich von den Bergen und Flüssen der Schweiz übernommen.

Welches Gericht weckt in dir heimatliche Gefühle?

Zu Weihnachten schicken mir meine Verwandten normalerweise ein Paket, das mich immer zu Tränen rührt: Nussstängeli, Paprika-Chips, THOMY-Senf, Greyerzer Käse, Tourist-Schokolade und Cenovis (Brottaufstrich). Ich geniesse und teile sie – allerdings nur sehr spärlich – mit meinem engsten Freundeskreis.

Fühlst du dich bei Besuchen in der Schweiz manchmal fremd?

Ja, das tue ich. Ich fühle mich nicht unbedingt als Ausländerin, denn ich bin ein Mensch, der sich mühelos anpassen kann und ich weiss, wie ich mich verhalten und meine Rolle spielen muss. Doch manchmal fühle ich mich schon ein wenig abgekoppelt. Und zuweilen verhalte ich mich, nach Schweizer Höflichkeitsregeln bemessen, wahrscheinlich furchtbar.

www.revue.link/puzzle

EIN PUZZLE ZUM MITMACHEN

Möchten Sie selber auch ein Puzzleteilchen legen und so zum Bild der bunten, vielsprachigen und vielfältigen Fünften Schweiz beitragen?

Unter www.revue.link/puzzle finden Sie nicht nur alle bisherigen Beiträge, sondern auch die Kontaktmöglichkeiten, falls Sie mitwirken wollen.

Das Herzstück der Serie bildet ein sehr umfangreicher Fragenkatalog, aus dem die Mitmachenden mindestens vier und höchstens acht Fragen herauspicken und beantworten dürfen.

Diskurs

Die Schweiz nach Trumps Verdikt: Mehr als ein Zollschock, «Revue» 4/2025

ANDREA ESSLINGER, THAILAND

Nicht die Schweizer Wirtschaft bzw. die Exporteure müssen die Zölle bezahlen, sondern die Kunden in den USA. Es sind Importzölle, nicht Exportzölle. Das verstärkt vor allem die Inflation in den USA. Und die Schweizer Exportwirtschaft muss sich eben andere Märkte erschliessen. Die USA unter Trump sind erstens kein verlässlicher Partner und zweitens bald zahlungsunfähig.

SUSANNE BOSS, OLDEN, NORWEGEN

Ganz einfache Lösung: US-amerikanische Produkte ebenfalls mit 39 Prozent Zoll belegen! Mal sehen, was dann aus den USA kommt.

RUDOLF MEGERT, RIO DE JANEIRO, BRASILIEN

Schockierend indeed! Die ganze Welt, inklusive die US-Bürger und -Bürgerinnen, müssen nun über Generationen die Schuldenpolitik der Leute zu Washington bezahlen! Die Schweiz traf der Fluch, weil sie stets rausposaunt, ein reiches Land zu sein (was allerdings schon seit geraumer Zeit nicht mehr wirklich stimmt ...).

JEAN-MARC SALVADÉ, SPANIEN

Bei den US-Zöllen handelt es sich weder um eine Strafe noch um eine Sanktion. Donald Trump verteidigt seine eigenen Interessen. Das ist normal. Es ist Aufgabe der Schweizer Behörden, unsere Interessen zu verteidigen, Alternativen vorzuschlagen oder Gegenmassnahmen zu ergreifen. Oder haben wir Bundesbehörden, die dazu zu schwach sind?

Ihre Bank
seit 1816

Unser Bestreben ist es,
die Wünsche anderer
zu verwirklichen

